

Kaffeezölle.

Zu einer fürchterlichen Ungerechtigkeit wird die indirekte Steuer beim Kaffee, der sich zu einem Hauptnahrungsmittel der ärmeren Bevölkerungsklasse herausgebildet hat, in denen er, zu fast allen Mahlzeiten genossen, den Mangel einer wirklich kräftigen Ernährung verdecken helfen soll. Wie beim Salz hat hier der Minderbemittelte einen höheren absoluten Betrag an Steuer zu entrichten, als der Wohlhabende. Die absolute Höhe der Steuer betrug hier in Klasse a—c: 6.40, 4.80, 7.20 und 4 Mk. Das gibt eine prozentuale Belastung, am Einkommen gemessen, von: 0.14, 0.18, 0.46, 0.70 und 0.55 Prozent. Also auch hier eine 4 Mal so schwere Belastung der Allerärmsten!

Petroleumsteuer.

Ähnlich verhält es sich mit Petroleum, dem spezifischen Beleuchtungsmittel der minderbemittelten Volksklassen, an dessen Stelle in den wohlhabenden Kreisen immer mehr andere Beleuchtungsarten (Gas, Elektrizität usw.) treten. So waren hier an Steuern zu entrichten in den 5 Klassen: 3.10, 7.50, 5.20, 4.00 und 3.20 Mk.; in Prozenten des Einkommens: 0.07, 0.28, 0.32, 0.39 und 0.44. Könnte die Berechnung noch nach oben fortgesetzt werden, so würde sich eine weitere Abnahme des Petroleumverbrauchs und damit der Petroleumsteuer ergeben.

Tabak, Branntwein, Bier.

Bei sehr vorsichtiger Berechnung unter Berücksichtigung des geringeren Steuerfußes für schlechteren Tabak kommt der Verfasser für die Belastung durch die Tabaksteuer zu folgenden Zahlen: Absolute Steuerhöhe: 4.80, 3.80, 2.70, 1.60 Mk.; prozentuale Höhe: 0.09, 0.15, 0.17, 0.26, 0.15. Die Branntweinsteuer hat für die vornehmlich aus Süd-, West- und Mitteldeutschland, also den einen relativ geringen Branntweinverbrauch aufweisenden Gegenden Deutschlands stammenden Budgets, eine absolute Steuer in Höhe von: 3.80, 2.10, 1.30, 0.60 und 0.50 Mk. und eine relative von: 0.08, 0.08, 0.09, 0.06 und 0.07 Prozent ergeben. Bei der Biersteuer hat der Verfasser die so verschiedenen Zollfüße der einzelnen Staaten auf 1 Mark pro Hektoliter als Reichsdurchschnitt zurückgeführt. Er kommt dann zu folgenden Resultaten. Die absolute Höhe betrug in Klasse a—c: 5.40, 3.70, 5.00, 2.60 und 1.60 Mk.; in Prozenten des Einkommens ausgedrückt ergibt das: 0.11, 0.14, 0.32, 0.25 und 0.22. Trotz eines nur etwa 1/3 so großen Bierkonsums hat die ärmste Klasse einen doppelt so hohen Prozentsatz ihres Einkommens als Biersteuer zu bezahlen wie die Wohlhabenden. Die drei hier angeführten „Lugus-artikel“ der unteren Volksschichten ergeben also zusammen eine prozentuale Belastung des Einkommens in Klasse I—V von: 0.28, 0.41, 0.58, 0.57 und 0.44 Prozent.

Das nennt man bei uns „Sozialpolitik“! — Diese Untersuchungen werden bei den Kämpfen um eine künftige Steuerreform eine wertvolle Waffe bilden. Sie haben die wundervolle Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit des indirekten Steuer Systems in das hellste Licht gesetzt. S. C.

Politische Ueberflucht.

Sie Brandt und Gardon — die Quar und Hohenau! Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag fanden zwei Personen, die auf der Leiter des aristokratischen Ranges und des höfischen Einflusses viel höher gestanden hatten, als der ziemlich unbedeutende und wahrheitlich unschuldige Graf zum Moltke, vor dem Kriegsgesicht unter der Anklage, ihre Dienstgewalt zu schweren ästhetischen Verfehlungen mißbraucht zu haben. Graf Hohenau, vormalig Jägeradjutant des Kaisers, als ehelicher Sohn des Prinzen Albrecht Angehöriger der kaiserlichen Familie, wurde freigesprochen wegen Mangels von Beweisen, wobei doch zweifellos festgestellt wurde, daß er sich ästhetischer Verfehlungen schuldig gemacht hatte. Graf Lynar aber, Angehöriger des militärischen Hofstaats und Schwager des Großherzogs von Hessen, wurde für sechs nachgewiesene Fälle zu fünfzehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Bilanz der preussisch-deutschen Gerechtigkeit stellt sich demnach folgendermaßen: Ueber Journalisten, die sich mit dem Hofstand in unverschämter Weise beschäftigten, wurden bisher 23 Monate Gefängnis verhängt; über Soldaten aber, die sich der oieldesprochenden Daten schuldig gemacht hatten, 15 Monate Gefängnis. Graf Lynar hat für den Mißbrauch von sechs seiner Untergebenen genau dieselbe Strafe erhalten, wie unser Genosse Reichwald für den Anstoß über das Memeler Nationalidentifikal. Man sieht daraus, wie es mit der Gerechtigkeit unserer Reaktionsäre bestellt ist, daß für den „Schutz der Ehre“ nicht genügend gesorgt ist. Es gibt im preussisch-deutschen Reich nichts, was empfindlicher und besser geschützt wäre, als die Ehre hochgestellter Persönlichkeiten; es gibt aber auch nichts, was schutzloser allen Mißbrauch preisgegeben wäre, als die Ehre der sogenannten „untern Klassen“ des Volkes.

Die Bestrafung des Grafen Lynar mit fünfzehn Monaten Gefängnis erscheint angesichts der Schwere der von ihm begangenen Straftaten durchaus unzureichend. Man muß bedenken, was es heißt, daß die Menschen sechs Jahre seiner Bergungen nachgewiesen werden konnten! Bei der Schwere der Verfehlungen, die die Führung eines solchen Nachweises überhaupt voraussetzt, bei der sehr hohen Schwierigkeit, die zur Führung dieses Nachweises zu überwinden war, wo es sich um einen hochgeborenen Herrn handelte, läßt sich ohne weiteres annehmen, daß die nachgewiesenen Fälle nur einen kleinen Teil der wirklich geschehenen Verfehlungen darstellen.

Man hat den Hohenauerstrich Hohenau freigesprochen, obwohl er schuldig erscheint, weil man ihm, wie das nach geheimer Verhandlung verhängte Urteil besagt, keine nachweisbaren direkt strafbaren Handlungen nachweisen konnte. Der Graf ist also nicht zeitig genug beim Stragen gepöblt worden. Ein ungeheurer Skandal war notwendig, um dieses arme Recht

der ersten Nacht“ in der Kavallerie-Kasernen zu untergraben und umzustürzen.

Man hat die sorgfältige Geheimhaltung der Verhandlung mit Grünblenden des Stillsitzens gebekt. Diese Stillsitzerei wäre gefährdet, das Ansehen der Dienstgewalt unheilbar erschüttert worden, wäre auch nur eine Spur von Wahrheit darüber in die Öffentlichkeit gebrungen, wie es die Grillsch-Frommen, nationalen, Anstehhaltenden Hofherren und militärischen Vorgesetzten getrieben haben. So verurteilte das Kriegsgesicht durch seinen Beschluß, die Öffentlichkeit auszuschließen, und auch in diesem Punkte müssen wir ihm Glauben schenken. Aber der Ausschluß der Öffentlichkeit bestärkt die Masse des Volkes in der Ueberzeugung, daß der Kriegsgesichtliche Spruch und seine Begründung nur einen schmalen Ausschnitt darstellt aus dem Riß der Verwilderung, welches das Leben unserer privilegierten Klassen mitunter darstellt. Und man muß wahrhaftig über die Vermogenheit einer Regierung staunen, die ein um seine Menschenrechte kämpfendes Volk schmäht und bedrückt, während sie eine solchermaßen hausende Sippe dicht neben sich hatte.

Der Bloß im Finanzjammern. Nach der dem Reichstag zugegangenen Berechnung der Mitarbeiterbeiträge für 1908 sind insgesamt 319,992,811 Mark aufzubringen, d. h. 29,894,586 Mk. mehr wie im Vorjahre. Die Ausgaben für die Reichsbeamtengehälter-Vorlagen sind hierbei noch nicht berücksichtigt. Es haben zu zahlen: Preußen 198,095,273 Mk., Bayern 92,876,175 Mk., Baden 10,677,319 Mk., Sachsen 23,935,062 Mk., Württemberg 11,877,567 Mk., Hessen 6,420,970 Mk., Mecklenburg-Schwerin 3,319,118 Mk. Die Kleinstaaten im gleichen Verhältnis zur Bevölkerungszahl.

Während diese ungeheuerlichen Ziffern die dringende Notwendigkeit einer neuen Reichsfinanzreform auf das deutlichste beweisen, stellt sich heraus, daß der Bülowblock mit seiner Finanzpolitik völlig bankrott ist. Alle Pläne zur Einführung direkter Steuern sind über Bord geworfen, man erwartet nur noch die Einbringung der Spiritusmonopolvorlage und der Zigarettenbanderole. Auch hier soll es wieder genau so gehen, wie es die Rechte und Herr von Rheinbaben haben will. Da aber selbst Herr Wiemer die Zigarettenbanderole nicht bewilligen will, wird die ganze Sache auf nächste Jahr vertagt und inzwischen weiter gestundet und weiter gepumpt.

Der Jammern des Herrn von Stengel über das graue Reichsfinanzjammern läßt denn auch nicht ab. Die „Hamb. Nachr.“ bringen eine Mitteilung über eine Privatbesprechung des Staatssekretärs Freiherrn von Stengel und des preussischen Finanzministers Freiherrn v. Rheinbaben mit mehreren Abgeordneten der Bloßparteien:

Der Reichsfinanzsekretär gab eine trostlose Uebersicht unserer Finanzlage und regte den Gedanken an, unter anderem die Mitarbeiterbeiträge der Kleinstaaten auf den Kopf von 40 Pfennig auf 80 Pfennig zu erhöhen. Für Preußen gab Finanzminister Freiherr von Rheinbaben die Zustimmung, obwohl er noch nicht wisse, durch welche Steuererhöhung die erhöhten Mitarbeiterbeiträge eingedeckt werden könnten. Andere Parlamentsmitglieder schloß auf die Erbschaftsteuer, die die Kleinstaaten zum größten Teile dem Reich abliefern sollten. Das Reich soll auch in den Fällen Zuteilnahme werden, wo kein Einkommen vorliegt und nahe Verwandte des Erblassers nicht vorhanden sind. Die Besprechung war unverbindlich, doch wurden die Grundlinien für eine neue beratende Konferenz zwischen den beiden Ministern und den Abgeordneten, in der endgültige Beschlüsse gemacht werden sollen, vereinbart.

Doch das große Hilfsmittel naht. Die Branntweinsteuermonopolvorlage wird bereits am kommenden Dienstag, den 28. d. M., als Vorlage des Bundesrates dem Reichstag zugehen und damit beginnt die Entscheidungstunde für Bülow's Kanzlerherrlichkeit und den ganzen Bloß.

Ein Fittzjug auf die Klassen der Großstädte.

Das preussische Dreiklassenparlament nahm am Sonnabend zum Abschluß eine Reihe kleinerer Etats ohne Debatte an und diskutierte darnach ausgiebig den Etat der Domänen- und Forstverwaltung. Abgeordnete aller Parteien stießen Schmerzschreie darüber aus, daß die Regierung das Meiste der deutschen Bloßpolitik, Norderny, ein Staatsbad, zerfallen lasse. Ein schönes Stück preussischen Bureaucratentum lag dabei zum Vortheil: Der Ministerialreferent, der seit 35 Jahren die Angelegenheiten der Insel Norderny bearbeitet, ist auch noch nicht einmal dort gewesen. So regiert man in Preußen vom grünen Tisch aus.

Den größten Teil der Sitzung nahmen Erörterungen über die Erhaltung der staatlichen Forste in der Nähe der großen Städte in Anspruch. Landwirtschaftsminister von Arnim bestand auf dem alten Plane Bodensteuers, mit dem Verlauf dieser Staatsländereien zu Spekulationspreisen große Einnahmen für die Staatskasse zu erzielen, die angeblich irgend welchen Landeskulturzwecken dienen sollen. Am meisten befiel wurde der Minister in dieser Absicht, dem großstädtischen Arbeiter das letzte bißchen Licht und die letzte Möglichkeit der Erholung in der freien Natur zu nehmen, durch den Abgeben der hochindustriellen Vorortstriche von Berlin, Teltow-Beestow-Charlottenburg. Der konservative Herr Hammer, der dank dem Dreiklassenwahlrecht die Vorortgemeinden Berlins im Abgeordnetenhaus vertritt, wiederholte seinen alten Viehfangsfaß: Berlin muß blühen! Ob darüber die Arbeiter in der Großen Stadt Schaden an ihrer Gesundheit nehmen und die letzte Möglichkeit eines harmlos-kleinen Vergnügungsausschlages verlieren, ist ihm natürlich egal. Da war selbst die Sippe der rechten Junken, mit Herrn v. Brandenstein und Herrn v. Arnim an der Spitze, anständiger, sie wollten die Stadtkasse nur um die Hälfte der Spekulationspreise reichern. Herr Mühsel, der Vertreter der Stadt Berlin, suchte und fand natürlich, wie an der Wahlrechtsänderung des Fürsten Bülow, so auch an den heutigen hartnäckigen Weigerungen des Landwirtschaftsministers, den fiskalischen Standpunkt mit Rücksicht auf die Gesundheit breiter Volksschichten ein wenig einzuführen, manches Schreckliche.

Die Verfolgung Liebknecht's, Die deutsche Regierung leitet die Klage auf Entlassung des Genossen Dr. Paul Liebknecht an den Ehrengerichtshof der deutschen Rechtsanwälte in Leipzig, wo sie die Ausschließung zu erlangen hofft, die ihr von der Berliner Anwaltskammer verweigert wurde. In der zweiten Instanz, dem Ehrengerichtshof zu Leipzig, sind die Anwälte in der Minorität, die Mehrheit wird von Reichlern gebildet, und von diesen hofft die Regierung die Ausschließung zu erreichen.

Ausland.

Die französische Kammer über Bülow's auswärtige Politik.

Auf eine jener großen Friedensreden, die das geschickliche Verdienst unserer Genossen Jaurès bleiben werden, antwortete am letzten Freitag der selbige Minister des Auswärtigen, Herr Delcassé, mit einer Rede, die ein Ereignis war, nicht bloß, weil sie den früheren langjährigen Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs zum ersten Male wieder seit seinem Sturz auf die Rednertribüne der Kammer brachte, sondern auch, weil sie mit seltener Schärfe den Zustand der Dinge bloßlegte, wie er wirklich in Europa besteht. Herr Delcassé sprach offen aus, daß Deutschland durch die Marokkoaffäre seine frühere Vormachtstellung in Europa vollständig verloren habe. Mit Stolz sprach er von dem „Reiz der Freundschaften Frankreichs und seinen Alliierten“. Sei es aus Anlaß der Konferenz von Algieras zu einem Kriege nicht gekommen, so deshalb, weil Frankreich, auf seine Bündnisse gestützt, Vertrauen zu sich selbst haben könne. Den schmerzlichsten Schlag gegen die deutsche Diplomatie aber führte Herr Delcassé, als er ausrief:

Für Deutschland wäre es besser gewesen, die Konferenz von Algieras hätte nicht stattgefunden. Ohne die Konferenz wäre die glückliche Wendung der europäischen Lage nicht so klar in die Erscheinung getreten.

Herr Delcassé's undiplomatisches Auftreten zeigt, daß dieser gewesene Minister von seinen Feinden nichts gelernt hat. Er vertritt, daß er bei seiner erfolgreichen Arbeit, durch die er Deutschland in Europa isolierte, keinen besseren Bundesgenossen hatte, als die rasselnde Selbstgefälligkeit, die Renommiersucht gewisser deutscher Politiker, und er schadet den Interessen seines Landes, indem er in den gleichen Fehler verfällt. Es ist weder ebel noch klug, Besiegte zu verhöhnen. Ganz besonders hat das internationale Protestat alles Recht und alle Ursache, solche rednerische Kumpelereien, von welcher Seite sie immer kommen, auf das Schärfste zu verurteilen.

Tagegen haben unsere deutschen Patrioten keinen Anlaß, sich über Herrn Delcassé zu entrichten. Hätten sie solche diplomatische Erfolge aufzuweisen, wie Frankreich, so wäre ihnen längst ein Pfauenschweif gewachsen. Wenn auch Herr Delcassé so rückwärtslos war, ausführlich zu schildern, wie die deutsche Weltpolitik von Tanger bis auf den Hund gekommen ist, so hätte es auf der anderen Seite gar keinen Sinn, wenn die deutschen Diplomaten mit geballter Faust in den ihnen vorgehaltenen Spiegel schlugen. Schon gar das „national gesinnte deutsche Bürgertum“ würde besser tun, sich mit seinem ganzen Manneszorn gegen das unfähige Regime zu wenden, das diese deutsche Weltschamane herbeigeführt hat, als ihn gegen einen Mann zu verhöhnen, der allzu undiplomatisch, allzu rückwärtslos weltbekannte Wahrheiten ausspricht.

Die Rede Delcassé's wirkt gerade in dem Augenblick, in dem sie gesprochen wurde, auf die regierenden Mächte Preußen-Deutschlands wie ein Pfeilschied. Das kam sehr unlegen, daß gerade zu der Zeit, da Herr Bülow das Reichstagswahlrecht als preussische Staatsgefähr bezeichnete, da eine regierende Klasse hochmütig die Forderungen des Volkes mit dem Polizeifüßel zurückwies, in der Kammer eines demokratisch-parlamentarisch regierten Staatswesens ein republikanischer Staatsmann auftrat, der über die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie die volle Schale seiner Verachtung ausgoß! Dieselben Leute, die dem Volke seinen Anteil an der Regierung weigern, weil sie in ihrer lächerlichen Aufgeblasenheit alles selbst am besten zu wissen glauben, haben das Ansehen Deutschlands vor dem Auslande völlig verwirrt. Diese Leute reden von einem „Niedersturz des Parlamentarismus“, der durch das gleiche Wahlrecht verschuldet sei. Wenn die französische Kammer, wenn das englische Unterhaus spricht, horcht die ganze Welt. Wenn der deutsche Reichstag spricht, zuckt sie mitteleidig ob seiner Schwäche die Achseln, und der preussische Landtag wird überhaupt nur bemerkt, sofern er zur Heiterkeit Anlaß bietet. Gäbe es ein wahrhaft nationales Bürgertum in Deutschland, so würde es, statt über den Chauvinismus des Herrn Delcassé zu zernern, Hand in Hand mit der Arbeiterschaft jenem Herrschaftssystem ein Ende bereiten, das die „nationale Ehre“ so tief geschändet hat.

Die deutsche Antwort. Ein Berliner, offenbar offiziell Telegramm der „Königlichen Zeitung“ erklärt zur Rede Delcassé's: Ob der gegenwärtige Augenblick für Frankreich geeignet sei, die alten Streitfragen anzugreifen, sei der Meinung der französischen Regierung und den Franzosen überlassen. Wie würden es für besser gehalten haben, alte Gegensätze nicht wieder aufzurufen, zumal die marokkanische Frage noch nicht mit dem kühlen Blick des Historikers betrachtet werden kann, sondern noch durchaus im Mittelpunkt des lebhaftesten Interesses steht. Sie kann noch zu manchen Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland führen, die nicht ausgeräumt werden, wenn französischerseits ein solcher bevorzugender Politiker wie Delcassé unter dem Beifall der Kammer Salten an schlägt, die drallisch chauvinistisch klingen.

Der 29. Januar in Petersburg. Der dritte Jahrestag des Duanantages in Petersburg ist still und langsam verlaufen. Die organisierte Arbeiterschaft Petersburgs sah diesmal von öffentlichen Kundgebungen ab und beschränkte sich auf die Feier dieses Tages, den Arbeiterklub zu Gunsten der Arbeiter und politischer Gefangenen zu spenden. Das Petersburg-Komitee der sozialdemokratischen Partei sprach sich in diesem Sinne aus, und die bedeutendsten Fabriken schlossen sich dieser Aufforderung an. So bestanden die Arbeiter in fast allen Textilfabriken, die Hälfte der Arbeiterinnen der Textilfabriken und die andere Hälfte der neuereinstellten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma abzutreten. In ähnlichem Sinne sprach sich die Delegierten-Versammlung der bedeutendsten Metallwerke aus, obwohl die Delegierten der größten Privatwerke darauf bestanden, einen einseitigen Streik zu proklamieren. Die Regierung ließ sich selbstverständlich die Gelegenheit nicht entgehen, ihre Feigheit und Schwäche vor aller Welt zu demonstrieren. Am 30. Januar verordnete der Minister des Innern eine

Kaffeesteuer.

In einer furchtbaren Ungerechtigkeit wird die indirekte Steuer beim Kaffee, der sich zu einem Hauptnahrungsmittel der ärmeren Bevölkerungsklasse herausgebildet hat, in denen er, zu fast allen Mahlzeiten genossen, den Mangel einer wirklich kräftigen Ernährung verdecken helfen soll. Wie beim Salz hat hier der Minderbemittelte einen höheren absoluten Betrag an Steuer zu entrichten, als der Wohlhabende. Die absolute Höhe der Steuer betrug hier in Klasse a—e: 6.40, 4.80, 7.20, 7.20 und 4 Mk. Das gibt eine procentuale Belastung, am Einkommen gemessen, von: 0,14, 0,18, 0,46, 0,70 und 0,55 Prozent. Also auch hier eine 4 Mal so schwere Belastung der Allerärmsten!

Petroleumsteuer.

Weshalb verhält es sich mit Petroleum, dem spezifischen Beleuchtungsmittel der minderbemittelten Volksklassen, an dessen Stelle in den wohlhabenden Kreisen immer mehr andere Beleuchtungsarten (Gas, Elektrizität usw.) treten. Es waren hier an Steuern zu entrichten in den 5 Klassen: 3.10, 7.50, 5.20, 4.00 und 3.20 Mk.; in Prozenten des Einkommens: 0,07, 0,28, 0,32, 0,39 und 0,44. Könnte die Berechnung noch nach oben fortgesetzt werden, so würde sich eine weitere Abnahme des Petroleumverbrauchs und damit der Petroleumsteuer ergeben.

Tabak, Branntwein, Bier.

Bei sehr vorsichtiger Berechnung unter Berücksichtigung des geringeren Steuerfußes für schlechteren Tabak kommt der Verleiher für die Belastung durch die Tabaksteuer zu folgenden Zahlen: Absolute Steuerhöhe: 4.30, 3.90, 2.70, 1.80 Mk.; procentuale Höhe: 0,09, 0,15, 0,17, 0,26, 0,15. Die Branntweinsteuer hat für die vornehmlich aus Südb., West- und Mitteldeutschland, also den einen relativ geringen Branntweinverbrauch aufweisenden Gegenden Deutschlands stammenden Budgets, eine absolute Steuer in Höhe von: 3.80, 2.10, 1.30, 0.60 und 0.50 Mk. und eine relative von: 0,08, 0,08, 0,09, 0,06 und 0,07 Prozent ergeben. Bei der Biersteuer hat der Verfasser die so verschiedenen Zollsätze der einzelnen Staaten auf 1 Mark pro Hektoliter als Reichsdurchschnitt zurückgeführt. Er kommt dann zu folgenden Resultaten. Die absolute Höhe betrug in Klasse a—e: 5.40, 3.70, 5.00, 2.60 und 1.60 Mk.; in Prozenten des Einkommens ausgedrückt ergibt das: 0,11, 0,14, 0,32, 0,25 und 0,22. Trotz eines nur etwa 1/3 so großen Bierkonsums hat die ärmste Klasse einen doppelt so hohen Prozentfuß ihres Einkommens als Biersteuer zu bezahlen wie die Wohlhabenden. Die drei hier angeführten „Luzusartikel“ der unteren Volksschichten ergeben also zusammen eine procentuale Belastung des Einkommens in Klasse I—V von: 0,28, 0,41, 0,58, 0,57 und 0,44 Prozent.

Das nennt man bei uns „Sozialpolitik“! — Diese Untersuchungen werden bei den Kämpfen um eine künftige Steuerreform eine wertvolle Waffe bilden. Sie haben die wundervolle Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit des indirekten Steuerregimes in das hellste Licht gesetzt. S. C.

Politische Uebersicht.

Die Brandt und Gorden — die Yhuar und Hohenaui! Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag haben drei Personen, die auf der Leiter des aristokratischen Ranges und des höchsten Einflusses viel höher gestanden hatten, als der ziemlich unbedeutende und wahrscheinlich unschuldige Graf Kuno Moltke, vor dem Kriegsgerecht unter der Anklage, ihre Dienstgewalt zu schweren politischen Verfehlungen mißbraucht zu haben. Graf Hohenaui, vormalig Flügeladjutant des Kaisers, als ehelicher Sohn des Prinzen Albrecht Angehöriger der kaiserlichen Familie, wurde freigesprochen wegen Mangels von Beweisen, wobei doch zweifellos festgestellt wurde, daß er sich fälschlich Verfehlungen zuschulbig gemacht hatte. Graf Yhuar aber, Angehöriger des militärischen Hofstaats und Schwager des Großherzogs von Preußen, wurde für sechs nachgewiesene Fälle zu fünfzehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Bilanz der preussisch-deutschen Gerechtigkeit stellt sich demnach folgendermaßen: Ueber Journalisten, die sich mit dem Hoffandal in unvorsichtiger Weise beschäftigten, wurden bisher 22 Monate Gefängnis verhängt; über Hofleute aber, die sich der oltobesprochenen Taten schuldig gemacht hatten, 15 Monate Gefängnis. Graf Yhuar hat für den Mißbrauch von sechs seiner Untergebenen genau dieselbe Strafe erhalten, wie unser Genosse Maximal für den Anreiz über das Memeler Nationallandtag. Man sieht daraus, wie es mit der Frage unserer Reaktionsäre bestellt ist, daß für den „Schutz der Ehre“ nicht genügend gesorgt sei. Es gibt im preussisch-deutschen Reich nichts, was empfindlicher und besser geschützt wäre, als die Ehre hochgeachteter Persönlichkeiten; es gibt aber auch nichts, was schutzloser allem Mißbrauch preisgegeben wäre, als die Rechte der sogenannten „untern Klassen“ des Volkes.

Die Verurteilung des Grafen Yhuar mit fünfzehn Monaten Gefängnis erscheint angesichts der Schwere der von ihm begangenen Straftaten durchaus unzureichend. Man muß bedenken, was es heißt, daß diesem Menschen sechs Fälle seiner Vergehungen nachgewiesen werden konnten! Bei der Schwierigkeit, der die Führung eines solchen Nachweises überhaupt unterliegt, bei der zehnfachen Schwierigkeit, die zur Führung dieses Nachweises zu überwinden war, wo es sich um einen hochgeachteten Herrn handelte, läßt sich ohne weiteres annehmen, daß die nachgewiesenen Fälle nur einen kleinen Teil der wirklich geschehenen darstellen.

Man hat den Hohenadlergräf Hofmann freigesprochen, obgleich er schuldig ist, weil man ihm, wie das nach gehobener Verhandlung permissivste Urteil besagt, keine nichtverjährten direkt strafbaren Handlungen nachweisen konnte. Der Graf ist also nicht zeitig genug beim Stragen gepostet worden. Ein ungeheurer Scandal war notwendig, um dieses neue „Recht“

der ersten Nacht“ in der Kabaretz-Maschine zu untergraben und unzulässig.

Man hat die sorgfältige Geheimhaltung der Verhandlung mit Gründen der Stillschließung bedeckt. Diese Stillschließung wäre gefährdet, das Ansehen der Dienstgewalt unheilbar erschüttert worden, wäre auch nur eine Spur von Wahrheit darüber in die Öffentlichkeit gedrungen, wie es die christlich-frommen, national-n, Anstehenden Hofherren und militärischen Vorgesetzten gelieben haben. So verknüpfte das Kriegsgericht durch seinen Beschluß, die Öffentlichkeit auszuschließen, und auch in diesem Punkte müssen wir ihm Glauben schenken. Aber der Ausschluß der Öffentlichkeit bekräftigt die Masse des Volkes in der Ueberzeugung, daß der kriegsgerichtliche Spruch und seine Begründung nur einen schmalen Ausschnitt darstellt aus dem Wirke der Verwilderung, welches das Leben unserer privilegierten Klassen mitunter darstellt. Und man muß wahrhaftig über die Verwogenheit einer Regierung staunen, die ein um seine Menschenrechte kämpfendes Volk schmäht und bedroht, während sie eine solchermaßen hausende Sippe dicht neben sich hatte.

Der Bloß im Finanzjammern. Nach der dem Reichstag zugegangenen Berechnung der Matrikularbeiträge für 1908 sind insgesamt 819,992,811 Mark aufzubringen, d. h. 29,394,588 Mk. mehr wie im Vorjahre. Die Ausgaben für die Reichsbeamtengehälter-Vorlagen sind hierbei noch nicht berücksichtigt. Es haben zu zahlen: Preußen 198,035,273 Mk., Bayern 32,876,175 Mk., Waben 10,677,319 Mk., Sachsen 23,935,062 Mk., Württemberg 11,877,567 Mk., Heßen 6,420,970 Mk., W. Stenburge-Schwerin 3,319,118 Mk. Die Kleinstaaten im gleichen Verhältnis zur Bevölkerungszahl.

Während diese ungeheuerlichen Ziffern die dringende Notwendigkeit einer neuen Reichsfinanzreform auf das deutlichste bezeugen, stellt sich heraus, daß der Bülowblock mit seiner Finanzpolitik völlig bankrott ist. Alle Pläne zur Einführung direkter Steuern sind über Bord geworfen, man erwartet nur noch die Einführung der Spiritusmonopolvorlage und der Zigarettenbanderole. Auch hier soll es wieder genau so gehen, wie es die Rechte und Herr von Rheinbaben haben will. Da aber selbst Herr Wiemer die Zigarettenbanderole nicht bewilligen will, wird die ganze Sache aus nächster Jahr vertagt und inzwischen weiter gestundet und weiter gepumpt.

Der Jammern des Herrn von Stengel über das graue Reichsfinanzland läßt denn auch nicht ab. Die „Samb Nachr.“ bringen eine Mitteilung über eine Privatbesprechung des Staatssekretärs Freiherrn von Stengel und des preussischen Finanzministers Freiherrn v. Rheinbaben mit mehreren Abgeordneten der Bloßpartei:

Der Reichssekretär gab eine trostlose Uebersicht unserer Finanzlage und regte den Gedanken an, unter anderem die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten auf den Kopf von 40 Pfennig auf 80 Pfennig zu erhöhen. Für Preußen gab Finanzminister Freiherr von Rheinbaben die Zustimmung, obwohl er sich nicht wußte, durch welche Steuererhöhung die erhöhten Matrikularbeiträge eingebracht werden könnten. Andere Vorschläge bezogen sich auf die Erbschaftsteuer, die die Einzelstaaten zum größten Teile dem Reich abtreten sollten. Das Reich soll auch in den nächsten Jahren Erträge erhalten, wo sein Einkommen vorliegt und nahe Verwandte des Erblässers nicht vorhanden sind. Die Besprechung war unverbindlich, doch wurden die Grundlinien für eine neue bevorstehende Konferenz zwischen den beiden Ministern und den Abgeordneten, in der endgültige Beschlüsse gemacht werden sollen, vereinbart.

Doch das große Hilfsmittel naht. Die Branntweinsteuermonopolvorlage wird bereits am kommenden Dienstag, den 28. d. M., als Vorlage des Bundesrates dem Reichstage zugehen und damit beginnt die Entscheidungsstunde für Bülow's Kanzlerherrlichkeit und den ganzen Bloß.

Ein Fischzug auf die Kassen der Großstädte.

Das preussische Dreiklassenparlament nahm am Sonnabend zunächst eine Reihe kleinerer Etats ohne Debatte an und diskutierte darnach ausgiebig den Etat der Domänen- und Forstverwaltung. Abgeordnete aller Parteien stehen Scherzengesänge darüber aus, daß die Regierung das Mella der deutschen Bloßpolitik, Norderny, ein Staatsbad, zerfallen lasse. Ein schönes Stück preussischen Bureaokratengeißes kam dabei zum Vorschein: Der Ministerialreferent, der seit 35 Jahren die Angelegenheiten der Insel Norderny bearbeitet, ist auch noch nicht einmal dort gewesen. So regiert man in Preußen vom grünen Tisch aus.

Den größten Teil der Sitzung nahmen Erörterungen über die Erhaltung der staatlichen Forste in der Nähe der großen Städte in Anspruch. Landwirtschaftsminister von Arnim bestand auf dem alten Plane Rodbielsitz, mit dem Verkauf dieser Staatsländereien zu Spekulationspreisen große Einnahmen für die Staatskasse zu erzielen, die angeblich irgend welchen Landeskulturzwecken dienen sollen. Am meisten bekräftigt wurde der Minister in dieser Absicht, dem großstädtischen Arbeiter das letzte Licht und die letzte Möglichkeit der Erholung in der freien Natur zu nehmen, durch den Abgeordneten des hochindustriellen Bezirkes von Berlin, Teltow-Beeskow-Charlottenburg. Der konservative Herr Hammer, der hant dem Dreiklassenwahlrecht die Borgemeinden Berlins im Abgeordnetenhaus vertritt, wiederholte seinen alten Lieblingsatz: Berlin muß blühen! Ob darüber die Arbeiter in der Grostadt Schaden an ihrer Gesundheit nehmen und die letzte Möglichkeit eines harmlos-leinen Vergnügungsausfluges verlieren, ist ihm natürlich egal. Da war selbst die Sippe der echten Junker, mit Herrn v. Brandenstein und Herrn v. Treslow an der Spitze, anständiger, sie wollten die Stadtasse nur um die Hälfte der Spekulationspreise erleichtern. Herr Fischel, der Vertreter der Stadt Berlin, suchte und fand natürlich, wie an der Wahlrechtserklärung des Fürsten Bülow, so auch an den heutigen hartnäckigen Weigerungen des Landwirtschaftsministers, den fiskalischen Standpunkt mit Rücksicht auf die Gesundheit breiter Volksschichten ein wenig einzuschränken, manches Streuliche.

Die Verfolgung Niedrachts. Die deutsche Regierung leitete die Klage auf Entlassung des Genossen Dr. Karl Liebknecht an den Obergerichtshof der deutschen Rechtsanwälte in Leipzig, wo sie den Ausschließung zu erlangen hofft, die ihr von der Berliner Anwaltskammer verweigert wurde. In der zweiten Instanz, dem Obergerichtshof zu Leipzig, sind die Anwälte in der Minorität, die Mehrheit wird von Richtern gebildet, und von diesen hofft die Regierung die Ausschließung zu erreichen.

Zusland.

Die französische Kammer über Bülow's auswärtige Politik.

Auf eine jener großen Friedensreden, die das geschichtliche Verbleiben unseres Genossen Jambes bleiben werden, antwortete am letzten Freitag der frühere Minister des Auswärtigen, Herr Delecaffe, mit einer Rede, die ein Ereignis war, nicht bloß weil sie den früheren langjährigen Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs zum ersten Male wieder seit seinem Sturz auf die Rednertribüne der Kammer brachte, sondern auch, weil sie mit seiner Schärfe den Zustand der Dinge bloßlegte, wie er wirklich in Europa besteht. Herr Delecaffe sprach offen aus, daß Deutschland durch die Marokkoaffäre seine frühere Vormachstellung in Europa vollständig verloren habe. Mit Stolz sprach er von dem „Rey der Freundschaften Frankreichs und seinen Allianzen“. Sei es aus Anlaß der Konferenz von Algieras zu einem Kriege nicht gekommen, so deshalb, weil Frankreich auf seine Bündnisse gestützt, Vertrauen zu sich selbst haben könne. Den schmerzlichsten Schlag gegen die deutsche Diplomatie aber führte Herr Delecaffe, als er ausrief:

Für Deutschland wäre es besser gewesen, die Konferenz von Algieras hätte nicht stattgefunden. Ohne die Konferenz wäre die politische Ueberwindung der europäischen Lage nicht so klar in die Erscheinung getreten.

Herr Delecaffes un diplomatisches Auftreten zeigt, daß dieser gewesene Minister von seinen Feinden nichts gelernt hat. Er vertritt, daß er bei seiner erfolgreichen Arbeit, durch die er Deutschland in Europa isolierte, keinen besseren Bundesgenossen hatte, als die raffende Selbstgefälligkeit, die Renommisterei gewisser deutscher Politiker, und er schadet den Interessen seines Landes, indem er in den gleichen Fehler verfällt. Es ist weder ebel noch klug, Besiegte zu verhöhnen. Ganz besonders hat das internationale Proletariat alles Recht und alle Ursache, solche rednerische Kumpelereien, von welcher Seite sie immer kommen, auf das schärfste zu verurteilen.

Dagegen haben unsere deutschen Patrioten keinen Anlaß, sich über Herrn Delecaffe zu enträsten. Gärten sie solche diplomatische Erlosse auszuweisen, wie Frankreich, so wäre ihnen längst ein Pfandenschnitt gewachsen. Wenn auch Herr Delecaffe so rücksichtslos war, ausführlich zu schildern, wie die deutsche Weltpolitik von Langer bis auf den Hund gekommen ist, so hätte es auf der anderen Seite gar keinen Sinn, wenn die deutschen Diplomaten mit geballter Faust in den Rücken vergehaltenen Spiegel schlugen. Schon gar das „national gestimmte deutsche Bürgertum“ würde besser tun, sich mit seinem ganzen Manneszorn gegen das unfähige Regime zu wenden, das diese deutsche Weibslamagne herbeigeführt hat, als ihn gegen einen Mann zu verschwenden, der allzu diplomatisch, allzu rücksichtslos weltbekannte Wahrheiten ausspricht.

Die Rede Delecaffes wirkt gerade in dem Augenblick, in dem sie gesprochen wurde, auf die regierenden Mächte Preußen-Deutschlands wie ein Pfeilschreib. Das kam sehr unangelegen, daß gerade zu der Zeit, da Herr Bülow das Reichstagswahlrecht als preussische Staatsgefahr bezeichnete, da eine regierende Klasse hochmütig die Forderungen des Volkes mit dem Polizeifädel zurückwies, in der Kammer eines demokratisch-parlamentarisch regierten Staatswesens ein republikanischer Staatsmann austrat, der über die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie die volle Schale seiner Verachtung ausgoß! Dieselben Leute, die dem Volke seinen Anteil an der Regierung weigern, weil sie in ihrer lächerlichen Aufgeblasenheit alles selbst am besten zu wissen glauben, haben das Ansehen Deutschlands vor dem Auslande völlig verwirrt. Diese Leute reden von einem „Uebergang des Parlamentarismus“, der durch das gleiche Wahlrecht verschuldet ist! Wenn die französische Kammer, wenn das englische Unterhaus spricht, horcht die ganze Welt. Wenn der deutsche Reichstag spricht, zuckt sie mit leidlich ob seiner Schwäche die Achseln, und der preussische Landtag wird überhaupt nur bemerkt, sofern er zur Heiterkeit Anlaß bietet. Gäbe es ein wahrhaft nationales Bürgertum in Deutschland, so würde es, statt über den Chauvinismus des Herrn Delecaffe zu zetern, Hand in Hand mit der Arbeiterklasse jenem Herrschaftssystem ein Ende bereiten, das die „nationale Ehre“ so tief geschändet hat.

Die deutsche Antwort. Ein Berliner, offenbar offizielles Telegramm der „Rheinischen Zeitung“ erklärt zur Rede Delecaffes: Ob der gegenwärtige Augenblick für Frankreich geeignet sei, die alten Streitfragen auszuheben, sei der Beurteilung der französischen Regierung und den Franzosen überlassen. Wir würden es für besser gehalten haben, alte Gegenstände nicht wieder aufzurühren, zumal die marokkanische Frage noch nicht mit dem klaren Blick des Historikers betrachtet werden kann, sondern noch durchaus im Mittelpunkt des lebhaftesten Interesses steht. Sie kann noch zu manchen Unsprachen zwischen Frankreich und Deutschland führen, die nicht erledigt werden, wenn französischerseits ein solcher hervorragender Politiker wie Delecaffe unter dem Velsall der Kammer Seiten schlägt, die deutlich chauvinistisch klingen.

Der 22. Januar in Petersburg. Der dritte Jahrestag des Untertages in Petersburg ist still und langsam verlaufen. Die organisierte Arbeiterschaft Petersburgs sah diesmal von öffentlichen Kundgebungen ab und beschloß zur Feier dieses Tages, den Arbeitslohn zwischen der Arbeitlosen und politischen Gefangenen zu heben. Das Petersburger Komitee der sozialdemokratischen Partei sprach sich in diesem Sinne aus, und die bedeutendsten Parteien schlossen sich dieser Aufforderung an. So bekräftigten die Arbeiter in fast allen Textildriften, die Hälfte des Arbeitslohnes den Arbeitslosen und die andere Hälfte den neuereinsten Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma abzurufen. In ähnlicher Sinne sprach sich die Delegierten-Versammlung der bedeutendsten Metalarbeiter aus, obwohl die Delegierten der größten Privatwerke darauf bestanden, einen einseitigen Streik zu proklamieren. Die Regierung ließ sich selbstverständlich die Gelegenheit nicht entgehen, ihre Feigheit und Schwachheit vor aller Welt zu demonstrieren. Am 20. Januar verordnete der Minister des Innern eine

Ans den Gerichtssälen.

Geimeschichte Richter.

Das Landgericht Altona hatte am 8. November d. J. den Versicherungsbeamten Moritz Kuhn wegen...

Die Redaktion des Angeklagten wurde vom Rechtsanwält Dr. Sölter aus Leipzig vertreten. Der sagte, wenn die vom...

Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verurteilte die Sache an das Landgericht zurück. Beschränkung der...

Literatur.

Geirich Raubes gesammelte Werke erscheinen vom Januar dieses Jahres ab in einer fast vollständigen Sammlung von nicht...

Sodern erschien: Alkohol und Geschlechtsleben. Mit einem Vorwort von Dr. med. Magnus Hirschfeld. 4. bis 10. Tausend. 16 Seiten 8°. Preis 10 Pf. In...

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr Mittags. P. W., hier. Unsere Nachfrage hat ergeben, daß Ihre Dar-

M. J. In privaten Kreisen ist Ihr Lied sehr nett zu finden, für den Inhalt eines ist es wenig.

G. W. in Birnbaum. Inzwischen werden Sie wohl den Bericht über die Protestversammlung gelesen haben.

S. A. 100. Ihre Unteroffiziere sind zwar ein sehr derber Per- sonen-Maler, aber den Beweis dafür in der Zeitung zu liefern, würde doch noch mehrfacher Nachdruck bedenklich sein.

S. A. 100. Ihre Unteroffiziere sind zwar ein sehr derber Per- sonen-Maler, aber den Beweis dafür in der Zeitung zu liefern, würde doch noch mehrfacher Nachdruck bedenklich sein.

S. A. 100. Ihre Unteroffiziere sind zwar ein sehr derber Per- sonen-Maler, aber den Beweis dafür in der Zeitung zu liefern, würde doch noch mehrfacher Nachdruck bedenklich sein.

S. A. 100. Ihre Unteroffiziere sind zwar ein sehr derber Per- sonen-Maler, aber den Beweis dafür in der Zeitung zu liefern, würde doch noch mehrfacher Nachdruck bedenklich sein.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 27. Januar: Arbeiter-Sängerbund. Ausschuß-Sitzung im Zimmer Nr. 3. Dienstag, den 28. Januar: Tafelabend. Abends 7 Uhr: Versammlung im Zimmer 2. Mittwoch, den 29. Januar: Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mitt-

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Am 27. Januar, Abends 8 Uhr findet in...

Montag, den 27. Januar, Abends 8 Uhr findet in den Distriktslokalen die monatliche Abrechnung statt. Kontroll-

Schweidnitz. Das Rechtschreibbureau befindet sich So- braße 15 III, und ist geöffnet Dienstag und Freitag von 11-1 Uhr Mittags und 6-8 Uhr Abends. Sonntag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags.

Girschberg. Gewerkschafts-Kartell. Dienstag, den 28. Januar, Abends 8 Uhr: Sitzung in der „Andreaschenke“.

Girschberg. Verein für Frauen und Mädchen der Ar- beiterklasse. Dienstag, den 28. Januar, Abends 8 Uhr: Generalversammlung in der „alten Hofnung“.

Schmiedeberg. Gewerkschaftskartell. Sonntag, den 2. Februar, Nachmittags 3 Uhr: Sitzung im Schließel. Tagesordnung: Massenbericht, Herbergsmeien, Errichtung einer...

Reuthen O.S. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Dienstag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5 1/2 Uhr Nachmittags bis 7 1/2 Uhr Abends im Gewerkschaftslokal, Groß-Dombrombar-

Jabrze. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Freitag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachm. und von 5 1/2 Uhr Nachmittags bis 7 1/2 Uhr Abends statt.

Königsbrunn. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekre- tariats finden jeden Mittwoch von 8 bis 12 Uhr und von 5 bis 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftslokal, Minnastraße 3 statt.

Kattowitz. Das Arbeiter-Sekretariat ist geöffnet Vor- mittags von 9 bis 1 Uhr und Abends von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr. Sonntag Nachmittags, sowie Dienstag und Freitag den ganzen Tag ist das Sekretariat geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Wolf. Redaktion und Expedition. Neue Grauburgerstraße 5/6. Verlag von Oskar Schöls. - Druck von Th. Schöls u. m. b. H. - Hauptsächlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Am 25. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden unser innigstgeliebter Mann, unser lieber Bruder und Schwager, der Schneider Gustav Trautmann im Alter von 47 Jahren 7 Monaten. Um stille Teilnahme bittet Im Namen der tiefbetrübten Hinterbliebenen Christiane Trautmann geb. Katterbo. Beerdigung: Dienstag, nachm. 3 Uhr, nach Gräbschen. Trauerhaus: Wassergasse 19.

Am 25. d. Mts. verschied nach langem qualvollen Leiden unser Freund und Genosse, der Schneider Gustav Trautmann im Alter von 47 Jahren 7 Monaten. Sein Andenken werden in Ehren halten Die Genossen des 8. Distrikts (Odertor) des Sozialdemokratischen Vereins. Beerdigung: Dienstag, nachm. 3 Uhr, nach Gräbschen. Trauerhaus: Wassergasse 19.

Am 25. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Schneider Gustav Trautmann. Ehre seinem Andenken! 425 Der Sozialdemokratische Verein „Breslau“. Beerdigung: Dienstag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Wassergasse 19, nach Gräbschen.

Am 25. d. Mts. verschied sanft nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Tante Frau Josefa Urban geb. Ullmann im Alter von 66 Jahren. Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen. Beerdigung: Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, nach Oswitz. Trauerhaus: Weissberggasse 19.

Am Freitag, den 24. Januar verschied unser Mitglied, der Schmied Ferdinand Hentschel. Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Verwaltungsstelle Breslau.

Verspätet! Am 23. d. Mts. verschied nach kurzem Leiden der Arbeiter Wilhelm Hähnchen. Breslau, den 24. Januar 1906. Sein Andenken wird in Ehren halten Abteilung Meister Schlotter der Maschinen-Bau-Anstalt Breslau.

5 Pfg. - Sumatra - Zigarren prächtige Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack 100 Stück 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk. empfiehlt gegen Nachnahme Zigarren-Fabrik E. Lampke. Fabrik, Versand und Hauptgeschäft: Breslau, Kopsplatz 11, am Oerthorbahnhof. Filialen: Mathiasstraße 16, Ecke Schützen- platz, Sommerfeld, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Stadt-Theater. Montag 7 1/2 Uhr: „Cohenarin“. Dienstag 7 1/2 Uhr: „Alfred Vernauer“. Mittwoch nachmittags 3 Uhr: „Für die Volksschulen“. „Wilhelm Tell“. Abends 7 1/2 Uhr: „Carmen“. Donnerstag: „Der Wildschütz“.

Lobe-Theater. Montag 7 1/2 Uhr: „Ein Walzertraum“. Dienstag 7 1/2 Uhr: „Die lustige Witwe“. Mittwoch 7 1/2 Uhr: „Ein Walzertraum“.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater. Montag: „Die lustige Witwe“. Dienstag: „Die lustige Witwe“. Mittwoch: „Die lustige Witwe“. Donnerstag: „Die lustige Witwe“. Freitag: „Die lustige Witwe“. Samstag: „Die lustige Witwe“. Sonntag: „Die lustige Witwe“.

Victoria-Theater (Simonsauer Garten). Bellini und das phänomenale Januar-Programm. Anfang präzis 7 1/2 Uhr. Auch an Wochentagen gültig.

Liebluchs Etablissement. BROTHERS BOLLER und das phänomenale Januar-Programm. Anfang 7 1/2 Uhr. Einfache und elegante Moden verfertigt. Preise, Februar: 46a. III. [422]

10 tüchtige Hosen-Näherinnen können sich melden Friedrichstr. 84. 86. [422] Gebr. billig, Möbel, Schränke, Vertikals, Bettstellen, Sofa, Kommod, Waschtische, Tische, Stühle, Küchenschränke u. a. zu best. 1426 Friedrichstraße 66, am Sautenplatz. Kaufe gebrauchte Möbel, Feder- betten, Klavierwagen, Sofa, etc. jeh. Posten Tischlerwerkst. geg. sof. Zahl. Wabler, Gartenstr. 36. 426

Stamm-Seidel. Vereins-Seidel, Geburtstags-Seidel, Hochzeits-Seidel, Jubiläums-Seidel, in großer Auswahl empfiehlt Otto Miksch, Radlerschmiedestraße 47.

ff. Batavia-Arrak, Tamaica-Rum, französische Kognaks, und deutsche Kognaks, Punsche u. Tafelliköre empfiehlt Edwin Delahon 6223 Breslau, Neumarkt 6. Fischeverkauf im Comptoir. Hof. part.

Feuerversicherung sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744 Ernst Zahn, Ritterplatz 5, III.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 95 Kein Abzahlungs-Geschäft erwärmt aber gern Teilzahlung. Preise enorm billig. 100 Mk. Salontisch 18 60 Truhen mit mod. Aufsatz 60 60 Schrank 45 45 Spiegel mit Schränken 35 35 Pianos in gutem Stoff 36 36 Bettstelle mit Matratze 36 36 Korbstuhl mit hoher Lehne 4 4 Teppiche, Läufer, Uhren, Pianos, erstkl. Fabrikat und versch. ant. Ausstattungsstücke nur bei F. Pauer, Sandstr. 5.

Volksvorstellung 1907/8 (Thalia-Theater). IX. u. X. Vorstellung. Sonntag, den 2. Februar u. Sonntag, den 9. Februar, Nachmittags 3 1/2 Uhr: Der Troubadour Oper in 4 Akten von Verdi. Vorhanden ist nur noch für den 2. Februar: 1. Rang 1.00 Mk., Galerie 15 Pf. und einige andere Plätze. Für den 9. Februar gibt es noch: 1. Rang 1.00 Mk., Parkett 75 Pf., Balkon u. Sperrsitze 60 Pf., 2. Rang 40 Pf., 3. Rang 25 Pf., Galerie 15 Pf. Zu haben in der Expedition der Volkswacht. Textbücher à 25 Pfg. sind in der Exped. d. Volkswacht zu haben. 20 grüßt Maschinenstrickerinnen Suche sofort. Dauernde Beschäftigung. Strumpfabrik Reichenstraße 11/12. 424

Die Geächteten sozialpolitischer Roman aus der Zeit des Sozialistengesetzes von Wilhelm Glas. Bd. I zu beziehen in 6 Heften à 20 Pfg. oder brosch. à 1,20 Mk., geb. 2.- Mk. durch die Buchhandlung der „Volkswacht“.

Überraschende Neuheit garantiert unschädlich kein Chlor kein Naiben Persil vollständig ungefährlich kein Waschbrett kein Bürsten Modernes Waschmittel Für jede Waschmethode passend Henkel & Co. Düsseldorf. Zu haben in allen Kolonialwaren-, Drogen- und Seifen-Geschäften. 4126

Die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei.

In der bürgerlichen Presse Englands und auch Deutschlands ist großer Jubel über den Beschlus der Konferenz der englischen Partei, die, wie schon mitgeteilt, in dieser Woche in Hull tagte. Diese hat die von einigen Gewerkschaftskartellen eingebrachte Resolution, durch welche die Partei auf den Sozialismus festgelegt werden sollte, mit großer Majorität abgelehnt. Wenn man die Sache aber näher betrachtet, haben die bürgerlichen Blätter herzlich wenig Ursache, so erfreut zu sein.

Seit den letzten Wahlen wird in England so viel in Sozialistenverfolgung (natürlich nicht in preussisch-deutschem Polizeisinne) gemacht, wie nie zuvor. Früher heftig beachtet, wird heute der Sozialismus in allen Blättern behandelt und die Parteien und die öffentliche Meinung beschäftigen sich mit dem Sozialismus. Und das hat viel zur Verbreitung des Sozialismus beigetragen. Immerhin gibt es noch viele Gewerkschaften, die, obwohl eine Anzahl ihrer Mitglieder Sozialisten sind, als Korporation den Sozialismus noch ablehnen. Um diese nicht abzustößeln, sondern sie zunächst endgültig von den Liberalen loszulösen, sind viele hervorragende Sozialisten zunächst noch gegen jede Prononzierung des sozialistischen Charakters der Arbeiterpartei.

Der oben bezeichnete Antrag ging dahin, den § 2 des gegenwärtigen Statuts der Arbeiterpartei zu ändern. Nach dem gegenwärtigen Wortlaut soll der Zweck der Arbeiterpartei darin bestehen, eine parlamentarische Arbeiterpartei mit einer eigenen Leitung und eigener Politik zu organisieren. Nach dem Antrage der Gewerkschaftskartelle sollte dem angefügt werden: „... deren Zweck darin besteht, durch Befreiung des gegenwärtigen kapitalistischen Systems und durch die Ueberführung aller Produktions- und Lebensmittel in Gemeineigentum den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu sichern.“ Hierzu äußerte sich zunächst der Vorsitz auf Grund eines rein sozialistischen Programms gewählte Genosse Grayson. Es sei ihm ziemlich gleichgültig, ob das Statut der Arbeiterpartei im Sinne der sozialistischen Resolution geändert werde oder nicht. Er sei überzeugt, daß der Sozialismus nicht eher zu verwirklichen wäre, bis nicht die englische Demokratie mit ganzem Herzen den Sozialismus verlange. Was nicht es, wenn sich auch auf der Konferenz eine Mehrheit für den Sozialismus fände und die Massen drauhen nicht dahinter stünden. Bruce Glasier (Sozialist) wandte sich ebenfalls dagegen, da sie alle Gewerkschaften von der Arbeiterpartei ausschließen würde, die sich nicht für den Sozialismus erklären. „Sozialismus ist eine konkrete Macht, die den Trade-Unions nicht aufgegeben werden braucht. Das kommt ohne Zwang.“ Charles, ein anderer Sozialist und Parlamentsmitglied, gab dem Gedanken der Führer den richtigen Hinweis, indem er sagte: Wir sind hier als Politiker und müssen vorsichtig sein, die Wahlen unserer Gegner nicht zu gefährden. In gleichem Sinne sprach auch der Genosse Peter Curran. Der Genosse Henry Quetch von der Sozialdemokratischen Föderation war der einzige, der mit größerer Wärme eine prinzipielle Erklärung der Partei für oder gegen den Sozialismus forderte. Der Antrag wurde schließlich mit 951,000 gegen 91,000 Stimmen abgelehnt. Ebenso erging es dem Antrag, den Kandidaten der Partei ein sozialistisches Programm aufzuerlegen. Man wird also auch in Zukunft noch vielfach mit Kandidaten und seniores Vertretern der Partei zu rechnen haben, die ein rein sozialistisches Programm nicht vertreten. Die Partei hat aber überhaupt noch kein festes Programm und so wurde auf Antrag von William Thorne beschließen, das Exekutiv-Komitee zu beauftragen, auf Grund der von den Kongressen angenommenen Resolutionen ein Parteiprogramm auszuarbeiten.

Zur Frage der Gründung eines Tagesblattes für die Arbeiterpartei lagen fünf Resolutionen vor. Von der Parteileitung wurde mitgeteilt, daß mit einem bestehenden Blatte bereits Verhandlungen im Gange seien, die wahrscheinlich schon in der nächsten Zeit zum Abschluß kommen würden. Der Gegenstand wurde deswegen nicht weiter verhandelt.

Am dritten Tage entstand nochmals eine heftige Diskussion um den Sozialismus. Der Verband der Maschinenbauer hatte eine Resolution eingebracht, in welcher es

heißt: Die Zeit sei gekommen, wo es notwendig ist, daß die Arbeiterpartei sich die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zum Ziel setze; nur dadurch könne die Arbeiterklasse befreit und die soziale Gleichheit hergestellt werden. Das bedeutet also ein ungeschränktes Beugen zum Sozialismus. Das Geschäftskomitee versuchte unter Hinweis auf die Abstimmung vom Tage vorher die Streichung der Resolution von der Tagesordnung durchzuführen. Shackleton bot seinen ganzen Einfluß an, die Annahme der Resolution zu verhindern. Wenn dieselbe auch nicht eine Änderung des Statuts vorläge, wie die gestrige, so werde in Zukunft doch jeder Kandidat gefragt werden, ob er auf dem Boden dieser Resolution stehe. Shackleton fürchtete für die Einigkeit der in der Arbeiterpartei vereinigten Körperlichkeiten. Die Resolution wurde hierauf trotzdem mit 514,000 gegen 469,000 Stimmen angenommen. Die Sozialisten begrüßten dieses Resultat mit lebhaftem Beifall und stimmten das „rote Flaggenlied“ an.

Sodann wurde mit großer Majorität die Resolution zu Gunsten des Frauenwahlrechts mit einem Amendement des Genossen Quetch angenommen. Macdonald begründete eine Resolution, in welcher der Sozialismus gegen den Vorwurf verteidigt wird, daß dieser die Familie zerstöre. Das geschähe vielmehr durch die mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zusammenhängenden Verhältnisse. Der Antrag der Eisenbahner auf Verstaatlichung der Eisenbahnen wurde angenommen. Ebenso die Resolution, welche die Verstaatlichung des Hauses der Lords und die Einführung von Diktoren für die Parlamentsmitglieder fordert. Zum Sekretär der Partei wird Macdonald wiedergewählt.

Vom Wahlrechtskampf. Von der seltenen Ueberraschung für den Herzog von Braunschweig

Gibt unser Braunschweiger Parteistück folgendes Bild: Die Bürgerstadt unserer „Stadt- und Residenzstadt“, sowie ganz besonders die — Polizei erlebten Mittwoch Nachmittag eine kleine Ueberraschung. Eben als die ersten Schatten der Dämmerung das Kestenschloß in Dunkelheit zu hüllen begannen, ward es auf dem Hofwege und den benachbarten Straßen mit einem Male lebendig. Wie die Wächlein zu Lal stehen, um schließlich zu einem Ruffe, viellecht gar zu einem Strome anzuwachsen, so schwoilen auch die Menschenmassen vor dem Herzogsloß, auf dem zur Feier der Landtags-Öffnung nicht nur die Hausflagge des Regenten, sondern auch die braunschweigische Flagge lustig im Abendwinde flatterte, an. Wie aus der Erde gesampft, so waren mit einem Male einige tausend Menschen feleinander. Die Postanten fragten verwundert: was ist denn los? Sie sollten dessen bald inne werden. Erst vereinzelt, dann aber immer stärker, immer wichtiger erscholl der Ruf: Hoch das freie Wahlrecht! Und die grauen Mauern des Schlosses hörten den Ruf; aber auch die, so hinter diesen Mauern wohnen.

Da die Pforten, die auf das Schloßgrundstück führen, weit offen standen, war das Wachkommando schier erschrocken, als es urplötzlich Hunderte von Menschen innerhalb der Einfriedigung sah. Als man aber alsbald merkte, was los sei, stürmte die Wache vor und sperrte die Tore ab. Inzwischen war der Menschenstrom auf dem Hofweg riesenhaft angeschwollen und immer neue Scharen strömten herzu. Es erfolgte Schreie auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht und die Klänge unseres alten Kampfliedes durchzitterten die Luft: „Nicht

prebigen wir Sach den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann.“ Ein und der magte die Menschenmenge. Allmählich hatten sich auch einige Schulleute eingefunden. Zunächst waren sie der lebendigen Mauer gegenüber völlig machtlos. Allsald jedoch lösten sie sich stark genug, um die Mauer zu teilen. Aber was brach das? In fast unübersehbarer Zuge ging es nun über Damm, Gusskern, Kohlmarkt und Poststraße, wie von einem Magneten gezogen, nach dem Platze vor dem Banktage...

Der preussische Wahlrechtskampf im badischen Landtag.

Da bei der gegenwärtigen Budgetdebatte in der zweiten Kammer der Statredner des Zentrums und der Nationalliberalen, selbstverständlich nicht ohne Absicht, unterlassen hatten, die Stellung Wadens zur bekannnten Erklärung Bülows im preussischen Abgeordnetenhaus festzulegen, benützte Gen. Kolb am Freitag diese Gelegenheit und interpellierte den Ressortminister, ob Wadens Regierung keinen Einspruch erhebe, wenn der deutsche Reichstanzler die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf den größten Einzelstaat Preußens für unzulässig erkläre. Kolb bemerkte, Waden habe ein hohes Interesse, daß Preußen auf die Dauer kein reaktionärer Staat bleibe. Als er die Straßendemonstrationen der Berliner Arbeiter verteidigte, da diesen Wahlrechtskämpfern kein anderes Mittel mehr zur Verfügung stände, und als er hinzufügte, an dem blutigen Ausgang dieser Demonstrationen seien nur die Berliner Schulleute schuld, rief ihn der Präsident Fehrenbach, Zentrumsabgeordneter und Präsident des letzten Reichstages, „zur Sache“. Kolb's Ausführungen griffen in die innerpolitischen Verhältnisse Preußens ein, und das dürfe im badischen Landtage nicht geduldet werden. Natürlich hatte der Justizminister v. Tusch nach Schluß der badischen Rede nur nötig, dieses Argument eines Zentrumsmannes aufzugreifen, um die Antwort der badischen Regierung in dem gleichen Sinne zu geben, wie sie in der bayrischen Kammer durch den Minister des Innern erteilt wurde. Waden könne sich in preussischen Angelegenheiten nicht einmischen, und es sei übrigens außerordentlich bedauerlich, daß der sozialdemokratische Redner von Preußen so verächtlich gesprochen. Auf den Einwurf des sozialdemokratischen Abgeordneten Weiffle, es handle sich aber doch um das Reichstagswahlrecht, schrie der Minister: — Die Solidarität der Regierungsinteressen verhindert leider, daß der preussische Ministerpräsident durch die süddeutschen Parlamente die Antwort bekommt, die er verdient.

Wahlrechtsdemonstrationen.

Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen wird am 28. Januar eröffnet werden. Die Sozialdemokratische Partei hat in der Parteipresse für Sonntag, 26. Januar, große Wahlrechtsdemonstrationen angekündigt. In allen größeren Städten des Landes sollten große Versammlungen abgehalten werden, die das Wahlsystem für den Landesausschuß zum Gegenstand haben, das bekanntlich — ähnlich wie in Preußen und Sachsen — die breiten Volksmassen von der Vertretung im reichsländischen Parlament ausschließt.

Bereits vor zwei Jahren veranstaltete die Sozialdemokratische Partei derartige Wahlrechtsdemonstrationen, die besonders in den größten Städten, wie Straßburg und Kolmar, einen außerordentlichen Umfang annahmen. Trotz des durchaus friedlichen und lokalen Verlaufs der Demonstrationen war reichlich Militär aufgeboten und mit Patronen versehen worden. Jedoch die eifrigen und die lothringischen Arbeiter ließen sich nicht einfallen, den Säbel und die Flinten zu provozieren.

Süddeutsche Bürgerstimmen.

Der Stuttgarter liberale Verein hat in der Hauptversammlung am Freitag folgende Resolution einstimmig angenommen: Nach dem liberalen Empfinden hohnsprechenden Erklärung des Fürsten Bülow zur preussischen Wahlrechtsreform vom 10. Januar, auf die ihm leider im preussischen Abgeordnetenhaus nicht mit schwäbischer Deutlichkeit erwidert wurde und auf die auch im Reichstage eine härtere Erwiderung

Breslauer Schauspielhaus.

Als Marinetaubt löste Hel. Trude Schwedler an Dresden das vorübergehende erkrankte Hel. Tharau ab. Die Dame ist eine anscheinend recht kontinierte Schauspielerin mit einer allerdings nur in der Höhe kräftigen und sympathischen Stimme, eignet sich aber für die Gattin gerade so wenig, wie Fräulein Tharau, mit der sie sogar äußerlich eine frappierende Ähnlichkeit hat. Sie weiß sich aber sonst dem Ensemble auf einzupassen und führt wenigstens nichts. Herr Lütner war wieder sehr komisch und holte sich mit der grotesken Tangens eine Extra-Derision, der eine Replikation nötig machte. Das zur Hälfte belebte Haus amüsierte sich föhlich. Leider wird der Dialog vielfach so geschleudert, daß viele Pointen, bevor sie die Zuschauer erreichen, verpufft sind. H. M.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ueber einen seltenen Fund wird aus Sagih (Rüben) berichtet: Beim Kohaden der Kreidelschicht im Bruch fanden nach einer Mitteilung der „Stahl. Bl.“ Arbeiter ein kauerndes Gerüst von der Größe eines Rindeskopfes. Wohl aus Neugierde schraubte der Finder mit der Hade auf das Stück, es plachte auseinander und zerbrach in zwei Hälften. Während die eine Hälfte hohl war, birgt die andere einen herrlichen Kalkkristall, klar und hell wie Wasser. Der seltene Fund wurde angefaßt und einem Sachverständigen zur Untersuchung unterbreitet. Es ist ein echter Meteorstein, der vor tausenden von Jahren auf die Erde fiel und in das Kaliumerz stürzte. Hier traf er einen Seigel, der von der glühenden Masse umschlossen wurde. Wodurch sich der harte Kristall im Innern gebildet hat, vermag auch der Sachverständige nicht anzugeben. Doch konnte er das Einschließen des Siegels nachweisen, da die zweite Hälfte die Abdrücke dieses vorhistorischen Tieres deutlich zeigt.

Aus aller Welt.

Die Rettung der vermißten Passagiere der „Amsterdams“ Die 28 vermißten Passagiere und Mannschaften von Bord der bavarischen „Amsterdams“, über deren Schicksal man zwei Tage lang im ungewissen war, sind, wie schon gemeldet, wohlbehalten gerettet worden. Lediglich der dicke Nebel an der holländischen Küste war es, der alle Nachforschungen nach den Vermißten, die man beinahe schon verloren glaubte, ergebnislos verlaufen ließ. Ueber die Auffindung der vermißten Passagiere und Mannschaften berichtet ein Telegramm folgende Einzelheiten:

Die fast unerwartet kommende Nachricht von der Auffindung der 28 Vermißten an Bord des norwegischen Dampfers „Sonja“ erregt hier ungeheuren Jubel. Die Besatzung ist wie von einem Zauber befreit. Der Erfolg der Nachforschungen war nur durch das Sinken des starken Nebels und Auslösen des Himmels ermöglicht. Das Schleppboot „Swazee“ fand die verloren geglaubten 28 an Bord der „Sonja“ und landete sie im Hafen, wo sie mit heller Freude empfangen wurden. Die „Swazee“ hatte sich mit Vorkurs und Personal ausgerüstet, brauchte aber ihre Hilfsmittel gar nicht anzuwenden, da die Geretteten auf der „Sonja“ die beste Pflege gefunden hatten. Die Schaluppe war nach der Katastrophe in nordwestlicher Richtung auf See abgetrieben worden und ließ nach einständigen Umherirren auf die „Sonja“. Unter den jetzt aufgefundenen Passagieren der „Amsterdams“ befinden sich nach einer Meldung des „Great Eastern“ fünf Deutsche, die übrigen waren, bis auf zwei Holländer, Engländer. Die Schaluppe wurde, als sie mit den Geretteten in den Hafen von Goet einlief, zuerst vom Prinzen Heinrich der Niederlande begrüßt. — Trotz der glücklichen Rettung der Vermißten macht man der Great-Eastern-Linie den Vorwurf, daß sie nicht genug tue, um Katastrophen ähnlicher Art vorzubeugen. Man weiß auf die Missingen-Queensborough-Linie hin, die dank dem Umstande, daß die Dampfer ständig mit Missingen und Queensborough-Bureaus in marconigraphischer Verbindung stehen, den Dienst aufrecht erhalten könne. Es scheint, daß auch die unterseeischen Glosensgrate, mit denen setzzeitig auch der Norddeutsche Lloyd Verkehr anstellte, sich in diesen Nebeltagen bei den Missinger Booten ausgezeichnet bewährt haben.

Die Ankunft der Geretteten in Goet van Goet fand statt sehr erhebens. Es waren große Vorbereitungen gemacht, um, falls auch heute die Vermißten der „Amsterdams“ noch nicht aufgefunden würden, die Sache energischer zu betreiben. Torpedobote und Bojenbote aus anderen Häfen hatten schon die Fahrt die Küste entlang angetreten, und in Dordrecht lag eine ganze Flotte bereit, um blickaufzuweisen, als die frohe Nachricht kam, daß alle gerettet waren. Der Dampfer „Swazee“ war am Morgen in See gegangen, auch der Dampfer „Caland“ mit dem Prinzen Heinrich an Bord folgten, und in größter Spannung erwartete man ihre Rückkehr. Da kam kurz nach zwölf Uhr — der Nebel hatte sich zum Schrecken der Wartenden wiederum verdrängt — die „Swazee“ zwischen den Molten in Sicht. Die auf dem See stehenden Glosensgrate erkannten den Dampfer an dem Klänge seiner Sirene, und die Hoffnung wuchs. Und mit Recht. Als der Dampfer aus den Nebeln näher kam, hörte man das Geräusch des Schießens, das vom See ungewöhnlich mit wunderbarem Echo beantwortet wurde. Noch größer war die Freude,

als es sich ergab, daß niemand fehlte. Die Leute hatten, nachdem sie eine Stunde umhergetrieben waren, die Molten der „Sonja“, eines norwegischen Schiffes, aus Norbit erblickt und waren an Bord dieses Schiffes lieblich aufgenommen worden. Die dürftig Gellebeten, die sich nicht die Zeit gönnt hatten, ihre Kleider anzulegen, bekamen Kleider von der Befahrung. Man hoffte, daß ein kleiner Dampfer passieren würde, der, weil die „Sonja“ es nicht wagte, in den Neuwiden Waterweg hinaufzufahren, die Nachricht von der Rettung den Verwandten übermitteln konnte — aber vergebens. Endlich kam die „Swazee“ in die Nähe der „Sonja“, und auf die Anfrage, ob man die Schiffbrüchigen gesehen habe, antwortete das Schiff: „Wir haben sie an Bord!“ Die Geretteten gingen auf die „Swazee“ über, die dann mit Voll dampf nach Goet abdampfte. Hier wurde von den Geretteten das Telegraphenamt befristet, die ihren Verwandten die frohe Botschaft zukommen lassen wollten.

Die Telegramme erfuhr aber große Verspätung, weil der Netz sehr viele Telephon- und Telegraphenlinien gestört hatte. Eine geheimnisvolle Krankheit, die äußerst langwierig und schmerzhaft war, herrschte seit etwa zwei Jahren in Regensburg (Braubach) und den Nebenorten. Ganze Familien erkrankten daran und man mied die Häuser, weil man die Krankheit als Typhus ansah. Im Krankenhaus zu Holzminden wurde, wie die Blätter melden, schließlich festgestellt, daß die Uebertragung vollzieht. In einer Wahl soll zur Ausbesserung der Mischlinge eine Blie verwendet und durch Verwendung des Wehls die Erkrankung hervorgerufen sein.

Raubraub auf einen Briefträger. Am Freitag Abend um 10 Uhr in dem Polichina-Gemüse in Genoa veranfaßten Koncert glets zu einem großen Skandal aus. Josef fand, daß der Mägel, auf dem er in seiner künstlerischen Auftritte nicht genüge und brachte deshalb Schritte zum Vortritt, die nicht auf dem Programm standen. Es erhob sich um in dem Saale ein großer Lärm. Da ein Teil des Publikums für Josef Partei nahm, kam es zu einem erbitterten Faustkampf. Die Polizei wurde eingeschrieben und nahm einige Verhaftungen vor. Das Urteil über Josef gibt dahin, daß er zwei ein richtiger, aber doch nicht

Arbeiterbewegung.

8. außerordentlicher Kongress der totalistischen deutschen Gewerkschaften.

Die Einigungsfrage, der wichtigste Gegenstand der Kongress-Verhandlungen, kam Freitag Vormittag zur Entscheidung.

Der Vorsitzende Kater gibt in ausführlicher Weise einen Ueberblick über die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften.

Die Einigungsfrage, der wichtigste Gegenstand der Kongress-Verhandlungen, kam Freitag Vormittag zur Entscheidung.

Die Einigungsfrage, der wichtigste Gegenstand der Kongress-Verhandlungen, kam Freitag Vormittag zur Entscheidung.

Ueber die Folgen einer Ablehnung der Einigung führte Kater aus: Sie haben sich heute damit abgefunden, daß die Geister der Einigung von der sozialdemokratischen Partei abgelehnt sind.

Die Konferenz beantragt die Auflösung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und empfiehlt ihren Delegierten, diesen Antrag mit Entschiedenheit zu verteidigen.

Maurer beantragt mit Rücksicht auf die langen Ausführungen des Referenten auch dem Referenten des Antrages der Maurer eine längere Redezeit, als die geschäftsordnungs-mäßige Zeit von 20 Minuten zu gewähren.

Maurer erklärt sich für den Aufschubsantrag. Das von ihm selbst auf dem Siebenten Kongress begründete Programm der Freien Vereinigung habe auch denjenigen Mitgliedern, die politisch auf einem weitergehenden Standpunkt als die Sozialdemokratie stehen, die Freiheit zur Bekämpfung ihrer politischen Überzeugung gegeben.

Die Einigungsfrage, der wichtigste Gegenstand der Kongress-Verhandlungen, kam Freitag Vormittag zur Entscheidung.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Rieger - Berlin spricht sich in scharfer Weise gegen die Einigung aus. Die sozialdemokratische Partei habe die Gewerkschaften der Freien Vereinigung in herausfordernder Weise gegenüber den Zentralverbänden zurückgewiesen.

Freie Vereinigung schlechte Erfahrungen gemacht. Mit radikalen Phrasen könne man keine Mitglieder werben. Mit der rebo- lutionären Phrase sei nichts getan für die gewerkschaftliche Agi- tation.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1908 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Siehe erfolgen dürfen, erzieht sie es ihr unmöglich, von liberaler Seite noch eine Politik im Reich mit den Konservativen zusammen- zumachen, zumsonst, als die Partei ja doch auch in freibürgerlichen Kreisen der Reichspolitik zu keinerlei Konzeptionen bereit ist.

Der nationalsozialistische Verein in Erlangen faßte eine Resolution, welche die schärfste Forderung der freikämpferlichen Vereinigung im Reichstage bedauert, die Forderung der Vereinigung vom Com- promittierenden Wälz-Stad fordert und die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages verlangt.

Im Wahlkreise Grenzschwaben-Württemberg in Württemberg, also Nord- deutschland, wurde beschlossen: Die Versammlung erkläre in der Württembergischen Wahlrechtsklärung die schärfste Forderung der freikämpferlichen, wichtigsten Forderung des Volkes.

Unter diesen Umständen wäre jede weitere Unterzeichnung der Wahlpolitik geradezu eine Verleugnung der liberalen Grundzüge. Da von der Realisierung und den Konservativen nicht das Mindeste für das Zustandekommen eines gleichen Wahlrechts zu erwarten ist, so muß das Volk seine eigene Sache in die eigene Hand nehmen und nach dem Beispiel vom Bund der Landwirte durch nicht rollende Agitation und durch "Scheitern" Recht und Gerechtigkeit das ihm vornehmlichste Recht, ein gleiches, gebührendes und direktes Wahlrecht in Preußen zu erzwingen suchen.

Beinahe albern!

Starke Schutzmannsposen, zum Teil mit umgeschulten Pistolen, umgeben auch heute (Donnerstag), wenn auch nicht in so dichten Reihen wie gestern, im weitem Kreise den Reichstag. Die Polizei ist offenbar noch auf längere Zeit hinaus bedacht, etwaige Demonstrationen zu verhindern. Je ruhiger es nun in der ganzen Umgebung des Reichstages ist, desto auffälliger wirken diese Vorkämpfer. Sie üben auch eine Art Kontrolle über die wenigen aus, die sich nach dem Reichstagsgebäude begeben.

Eine kleine Demonstration.

Die Berliner Polizei meldet: Freitag Abend gegen 8 1/2 Uhr fand im Hause Badstraße 16 im Lokale von Ballschneider eine Versammlung statt, in welcher Clara Zetkin aus Stuttgart über "Der Kampf ums freie Wahlrecht in Preußen" sprach.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in der Schweiz. In Schaffhausen wählte die Bürgergemeinde anderen Parteigenossen Biederwanz in den Bürgerrat.

Wegen angeblicher Beleidigung der Polizei wurde Strauch Leopold vom "Holländischen Volksblatt" zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte der Polizei nachgesagt, sie handle vornehmlich.

Wegen der Wahlrechtsdemonstrationsveranstaltungen vom 9. und 12. Januar verurteilte die holländische Polizei einen salomonischen Flugprozesse angulierten. Man sucht auch nach Fliegern der Flugzeuge und es haben schon diesbezügliche Vernehmungen stattgefunden.

das Mittelmaß überstreichender Klavierpieler sei. — Auch Breslau soll ja demnächst ein Toselli-Konzert haben, wenn es nicht wieder verfallen wird.

Bergarbeiter-Loz. Sechs Bergleute getötet. Einem Teile gramen zufolge ereignete sich Freitag auf dem Felsen Eisberg, Eintracht Tiefen-Dahlbach (Abteuland) verschiedene schwere Unglücksfälle. Sechs Bergleute wurden getötet, 3 davon verkrüppelt.

Unter Geröll begraben. Freitag Abend ereignete sich bei Lontz Tressen an der Abba (Alten) an der Vorkühre. Eine Geröllmasse von etwa 20,000 Kilogramm Schwere wälzte sich auf eine Fabrik am Ufer der Abba, elf Personen unter sich begrabend. Bei den Rettungsarbeiten sind bisher 6 Personen lebend und eine als Leiche unter den Trümmern hervorgeragt worden. Für die Rettung der noch schützenden 4 Personen besteht wenig Hoffnung.

Unter dem Verdacht des Vatermordes verhaftet. Der Mord an dem Förster Schwarzenstein in der Köpenicker Forst scheint eine überraschende Aufklärung finden zu sollen. Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei muß angenommen werden, daß der eigene Sohn des Försters, der 20jährige Willi Schwarzenstein, die hinterlistige Mordtat begangen hat.

Willi Schwarzenstein stand unterdessen im Wald in der Nähe der Fährte. Ein Hund wurde zurückgerufen, beschimpfte den jungen Mann und umkreiste ihn in einem fort, ohne Laut zu geben. Schwarzenstein wurde erschrocken unruhig, obwohl er sich vor dem harmlosen Hunde an sich nicht zu fürchten brauchte.

Nach Entdeckung des Mordes hatten Gendarmen im Forsthaus nach den Hunden gesehen. Förster Schwarzenstein betrat deren früher vier. Eine hatte er einem seiner Söhne mitgegeben, der in Thüringen im Forstdienste steht. Die Beamten fanden aber nur noch zwei und einen Leichling. Der junge Schwarzenstein erklärte, die dritte Fährte sei nach Thüringen gekommen.

Die Gräfin als Hochkaplerin. Aus Dresden wird gemeldet: Die Bekanntschaft der in der hiesigen und auswärtigen Lebenswelt viel gefeierten ungarischen Gräfin v. Sturza erregt hier sensationelles Aufsehen. Sie bewohnte am Münchner Platz eine für sich angelegte Villa, besaß sich aber nichtsdestoweniger in großer Selbsteigenschaft, so daß sie zu unzähligen Manipulationen auf, die bereits im Oktober vorigen Jahres zu ihrer Bekämpfung führten. Damals wurde sie infolge ihrer Unfähigkeit wieder freigelassen. Sie unterzog darauf eine Reihe von Reisen, um an den dortigen Speiseplan ihre finanziellen Lage zu verbessern. Aber sie lehnte mit entsetzlicher Hartnäckigkeit ab und verweigerte sich logisch hier von einem abligen Offizier durch betrübliche Vorpostellungen ein Darlehen von 1000 Mk. Schließlich hat sie diese Vorpostellungen Manipulationen eines solchen Umfangs angenommen, daß der Staatsanwalt für die Gräfin interessierte und sie verhaften ließ.

Die Gräfin als Hochkaplerin. Aus Dresden wird gemeldet: Die Bekanntschaft der in der hiesigen und auswärtigen Lebenswelt viel gefeierten ungarischen Gräfin v. Sturza erregt hier sensationelles Aufsehen.

Die Gräfin als Hochkaplerin. Aus Dresden wird gemeldet: Die Bekanntschaft der in der hiesigen und auswärtigen Lebenswelt viel gefeierten ungarischen Gräfin v. Sturza erregt hier sensationelles Aufsehen.

Die Gräfin als Hochkaplerin. Aus Dresden wird gemeldet: Die Bekanntschaft der in der hiesigen und auswärtigen Lebenswelt viel gefeierten ungarischen Gräfin v. Sturza erregt hier sensationelles Aufsehen.

Die Gräfin als Hochkaplerin. Aus Dresden wird gemeldet: Die Bekanntschaft der in der hiesigen und auswärtigen Lebenswelt viel gefeierten ungarischen Gräfin v. Sturza erregt hier sensationelles Aufsehen.

Die Gräfin als Hochkaplerin. Aus Dresden wird gemeldet: Die Bekanntschaft der in der hiesigen und auswärtigen Lebenswelt viel gefeierten ungarischen Gräfin v. Sturza erregt hier sensationelles Aufsehen.

Die Gräfin als Hochkaplerin. Aus Dresden wird gemeldet: Die Bekanntschaft der in der hiesigen und auswärtigen Lebenswelt viel gefeierten ungarischen Gräfin v. Sturza erregt hier sensationelles Aufsehen.

Die Gräfin als Hochkaplerin. Aus Dresden wird gemeldet: Die Bekanntschaft der in der hiesigen und auswärtigen Lebenswelt viel gefeierten ungarischen Gräfin v. Sturza erregt hier sensationelles Aufsehen.

Von der Wirtschaftlichen Gruppe der Metallarbeiter. Von einem bisherigen Mitgliede des Wirtschaftlichen Verbandes erhält die "Metallarbeiter-Zeitung" folgendes Schreiben: "Das Wirtschaftliche Organ hat bei seiner Berichterstattung über den im Dezember vorigen Jahres in Dresden abgehaltenen außer-

Die Hinterlassenschaft eines "Armen". Aus Würzburg wird gemeldet: Vor einigen Wochen starb der privatierende Apotheker Heinrich Stimmer halb verhungert, anscheinend in sehr dürftigen Verhältnissen. Er war "Philister" eines der ersten hiesigen Studentenkorps, in seiner Kleidung und seiner Lebensführung alch er aber den Armen der Stadt. In seiner Hinterlassenschaft hat man jetzt 60,000 Mark im baren Golde gefunden, das Gelaltemörden des Apothekers befaßt sich auf eine Viertelmillion Mark. Das Rentamt stellte sich als lachender Erbe vor, weil Stimmer niemals Kapitalrentensteuer bezahlt hatte.

Zufall. Ein zwanzigjähriger Knecht verübte, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, an der Tochter des Landwirtes Mittel einen Lustmord. Der Ueberfallenen wurden 4 bis 10 Messerschneidmesser im Gesicht beigebracht. Der Täter ist verhaftet worden.

Penkerarbeit. Ein Telegramm aus Vartenstein meldet: Der wegen Ermordung des Rentenermpfängers Ferdinand Rappuhn zum Tode verurteilte Schweizer Friedrich Strauß aus Rothenen wurde im Hofe des Vartensteiner Gerichtsgefängnisses durch Scharfrichter Schmieß aus Breslau enthauptet.

Kleine Chronik. Großes Aussehen erregt in Blauen die Verhaftung des Begleitoffiziers vom Begleitkommando von Tella. Der Offizier befindet sich in Untersuchungshaft. Ueber die Gründe wird strengstes Geheimnis bewahrt. — Der Buchhalter der königlichen Bank, Fehlbauer, in Nürnberg, der 1907 seine Ehefrau und seinen älteren Sohn erschoss, den jüngeren lebensgefährlich verkrüppelt und einen Selbstmordversuch gemacht hatte, ist nach amtlicher Verbindung unter Publikation mildeber Umstände vom Schwurgericht zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Einige Chronik. Großes Aussehen erregt in Blauen die Verhaftung des Begleitoffiziers vom Begleitkommando von Tella. Der Offizier befindet sich in Untersuchungshaft. Ueber die Gründe wird strengstes Geheimnis bewahrt. — Der Buchhalter der königlichen Bank, Fehlbauer, in Nürnberg, der 1907 seine Ehefrau und seinen älteren Sohn erschoss, den jüngeren lebensgefährlich verkrüppelt und einen Selbstmordversuch gemacht hatte, ist nach amtlicher Verbindung unter Publikation mildeber Umstände vom Schwurgericht zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Einige Chronik. Großes Aussehen erregt in Blauen die Verhaftung des Begleitoffiziers vom Begleitkommando von Tella. Der Offizier befindet sich in Untersuchungshaft. Ueber die Gründe wird strengstes Geheimnis bewahrt. — Der Buchhalter der königlichen Bank, Fehlbauer, in Nürnberg, der 1907 seine Ehefrau und seinen älteren Sohn erschoss, den jüngeren lebensgefährlich verkrüppelt und einen Selbstmordversuch gemacht hatte, ist nach amtlicher Verbindung unter Publikation mildeber Umstände vom Schwurgericht zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Einige Chronik. Großes Aussehen erregt in Blauen die Verhaftung des Begleitoffiziers vom Begleitkommando von Tella. Der Offizier befindet sich in Untersuchungshaft. Ueber die Gründe wird strengstes Geheimnis bewahrt. — Der Buchhalter der königlichen Bank, Fehlbauer, in Nürnberg, der 1907 seine Ehefrau und seinen älteren Sohn erschoss, den jüngeren lebensgefährlich verkrüppelt und einen Selbstmordversuch gemacht hatte, ist nach amtlicher Verbindung unter Publikation mildeber Umstände vom Schwurgericht zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

bedeutenden Verdienstes leider vergessen, etwas über die Entlohnung des „Allgemeinen“ mitzuteilen. Ich bin nun in der Lage, den beruflichen Kollegen darüber authentisches zu berichten. Nachdem die Verschmelzungsfrage erledigt war, erstattete ich dem Bericht des Vorstandes. Daraus ist hervorzuheben, daß die Zahl der Mitglieder des Verbandes im April 1907 3049, im Oktober nur noch 3007 betrug. Besonders stark war der Rückgang in Berlin, wo die Mitgliederzahl von 2859 im April auf 2380 im Oktober gesunken ist. Der Verlust in Berlin wurde zum Teil durch Gründung neuer Ortsvereine ersetzt. Mehr als 1000 Mitglieder zählt nur noch Dresden, daneben sind noch zu nennen Erfurt mit 94, Hannover mit 90, Leipzig mit 72, Queblinburg mit 69 Mitgliedern. Von den übrigen Vereinen ist Karlsruhe mit 32 Mitgliedern der größte, in allen anderen beträgt die Mitgliederzahl unter 25. Den Rückgang in Berlin erklärte Wiefenthal daraus, daß infolge der Verschmelzung eines Verbandes mit der Freien Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands in den Vertrauensmännerkonferenzen und in den Vereinsversammlungen die heftigsten Diskussionen entstanden sind, daß die einzelnen Mitglieder gegen einander mißtrauisch wurden und daß jedes Wort falsch aufgefaßt wurde. Auch die Erhebung der Ertragsbeiträge für den Bauarbeiterstreik hat auf die Bewegung in Berlin lähmend eingewirkt, so daß Wiefenthal über mangelnde Betätigung der Solidarität klagen mußte.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Januar.

Geschichtskalender.

28. Januar.

- 1701 Mathematiker Charles de Vaconamine in Paris *.
- 1841 Henry Stanley, Afrika-Entdecker in England *.
- 1864 Dichter Alfred Stifter in Ling *.
- 1887 Pattlammers Vordrucken wird im Reichstage entkült.

*** Zur Erweckung des Landvolkes.** Ueber ein von uns schon mehrfach besprochenes Frage schreibt uns ein Genosse:

Die Tagesordnung des „Deutschen Landwirtschaftsrats“ für seine Plenar-Versammlung vom 10.-14. Februar 1908 weist deutlich die Richtung, nach welcher die Gesetzgebung, auch in der Zukunft, durch diese offizielle Vertretung der Agrarier dirigiert werden soll.

Nichts von Befestigung der Gesindeordnung und ländlicher Ausnahmegefetze, kein Gedanke von rechtlicher Gleichstellung der Landarbeiter und des Gesindes mit der Industrie- und Arbeiterbewegung, kein Arbeiterstreik für die Landarbeiter und das Gesinde, vor allem kein Solidaritätsrecht. Keine Spur, daß diese Zentralstelle der deutschen Landwirte auch nur im entferntesten daran denkt, Gefetze zu fordern, welche das Landproletariat in rechtlicher, sozialpolitischer oder wirtschaftlicher Hinsicht der Industrie- und Arbeiterbewegung näher bringt oder gleichstellt. Deshalb muß der Kampf um diese Gleichstellung der Landarbeiter auf der ganzen Linie entbrennen. Es muß der rechtlose, ökonomisch wie sozial hilflose, tiefschende Parta durch die tätige Mithilfe der gewerblichen Arbeiter dazu kommen, daß er sich über seine Klassenlage klar wird und zu einer Hebung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse, seiner Lebenshaltung und seiner Bildung selbst mitzuhelfen versucht.

Hierzu aber ist vor allem eine klammhügelige, energische, unermüdete Aufklärung unter den Landarbeitern selbst notwendig. Es ist nicht genug, wie manche glauben, daß ein paar gewerkschaftliche oder politische Versammlungen hierzu hinreichen. Die Leute auf dem Lande, die zu solchen Versammlungen, oft auf weite Entfernungen, hingewandert kommen, um den Redner zu hören, sind in ihrer Mehrheit gewerkschaftlich oder politisch organisiert, sind Leser der Parteiblätter und dergl., kurz es sind auf dem Lande lebende Industriearbeiter, die entweder nur zeitweise landwirtschaftliche Lohnarbeiter sind, oder es sind kleine Stellenbesitzer (Gärtner, Gärtner), die nur durch ihren Besitz an die Scholle geknüpft sind, in Wirklichkeit aber Industriearbeiter, den größten Teil des Jahres in der Stadt lebend oder ständig in die nächsten Industrieorte oder Städte zur Arbeit wandernd. Kommen also die zahllosen der gewerblichen Arbeiter, soweit solche auf dem flachen Lande vorhanden sind, für den ländlichen Arbeiter nicht in Frage, so ist andererseits der Verband der Fabrik- und Landarbeiter noch viel zu schwach entwickelt, um die Arbeitermassen des flachen Landes organisatorisch zu umfassen. Die politische Agitations- und Organisationsarbeit aber findet ihre Stütze und ihren Werbepreis fast nur bei den gewerblichen Arbeitern und kleinen Besitzern.

Aus allen diesen, noch vielfach zu vermehrenden Gründen ist die Agitation bei den Landarbeitern eine langsame, schwere Kleinarbeit welcher zunächst noch der Einfluß der Lehrer und des katholischen und protestantischen Klerus gegenübersteht. Deshalb geht man in Schlesien in fast allen Kirchdörfern unter Führung des Pastors oder Pfarrers an die Gründung konfessioneller Arbeiter-Vereine, von denen man hofft, daß es die Leiter derselben verstehen werden, den armen, rückständigen, hilflosen Landarbeitern einzureden, daß es ihnen durchaus nicht schlecht geht, daß sie die Grundpfeiler der Staaten sind und deshalb etwas zu bedeuten haben. Dazu kommt, daß das catolische, wenig schreibgewandte Mitglied dieser Vereine durch die Vermittelung des Herrn Pastors, Pfarrers oder Amtsvorstehers keine, in seinen Kreisen durchaus als wichtig empfundenen Schriftstücke durch den als Gemeindeführer und Vereinschriftführer fungierenden Lehrer oder dergl. erledigen lassen kann. Endlich ist nicht zu vergessen, daß der Einfluß der mit dem Arbeiter auf dem gleichen Dorfe lebenden Geistlichen, Lehrer zc. neben dem durch jahrhundertelange Untertänigkeit angeborenen Respekt-Gefühl vielfach noch durch deren Einfluß auf den weltlichen Teil der Bevölkerung wesentlich verstärkt wird.

Aber trotz alledem ist auch hier durchaus die Möglichkeit gegeben, daß wir auch den Dörfern aus den Reihen der **Landarbeiter** eine Truppe von Pionieren der Arbeiterbewegung schaffen können.

Dazu gehört vor allem, daß wir den Leuten etwas bieten. Neben den Flugblättern und kleinen Broschüren, welche ja in fast allen Wahlkreisen periodisch zur Verbreitung gelangen, müßte für jeden Agitationsbezirk ein oder mehrere **Wanderredner**, oder wie wir diese Tätigkeit sonst nennen wollen, angestellt werden. Dessen oder deren Aufgabe müßte es sein die Familien einzeln in der

Wohnungen aufzusuchen, dort ihre Klagen und Leiden zu hören, ihr Vertrauen zu gewinnen. Leichte, einfache **Schrittweise** müßten an Ort und Stelle erledigt, alle anderen Angelegenheiten dem nächsten Arbeiter- oder Parteisekretariat unterbreitet werden. Eine kurze Zeit solcher regelmäßiger Besuche und es wird sicher gelingen, aus dem Stamme von organisierten Industrie- und Landarbeitern „Landboten“ zu schaffen und durch diese Agitation herangezogenen Landarbeitern Ortsgruppen zu gründen mit zwingenden Besprechungen in der Wohnung eines Genossen oder im Wirtshaus. Hieraus müßte sich dann leicht ein Bezirk oder Distrikt des Wahlvereins entwickeln. Denken wir daran, nebenher etwa eine kleine Kranken- oder Sterbegeld-Versicherung zu schaffen, da der ländliche Arbeiter vor allem doch mehr durch materielle Mittel gewonnen werden muß, so gewöhnen sich auch die Neulinge bald an Beträge, sie empfinden allmählich die Wirkungen der Solidarität und sobald wir den Massen das Solidaritätsgefühl einzupflanzen verstanden haben, sind sie für konfessionelle und patriotische Vereinen endgiltig verloren.

Die Unkosten, welche zunächst durch diese Form der Agitation entstehen, sind durchaus nicht zu groß im Verhältnis zu den Vorteilen, welche dadurch erzielt werden. Sofern der betreffende Wanderagitatort mit offenen Augen und Ohren an seine Arbeit geht, muß es ihm gelingen, seine Unkosten hereinzubringen. Natürlich müssen wir uns auf den Standpunkt stellen, daß Partei und Gewerkschaften eins sind, und daß es am besten ist, aus welcher Klasse und in welcher Klasse Zahlungen kommen, sofern wir die Arbeiterbewegung als ein großes Ganzes auffassen. In jedem Dorfe, in jedem Gutsbezirk muß der Wanderredner sich bekannt zu machen verstehen; er muß den Arbeiterbewegungen Material liefern, die bürgerlichen Zeitungen seines Bezirks lesen und Kritik an allem geschehenen Unrecht üben. Er kann dann Sprechstunden in den einzelnen Orten abhalten und mit Wort und Schrift tätig sein für die Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse.

Daß wir geeignete Kräfte für eine derartige, ebenso interessante wie mühsame Arbeit finden würden, wenn man seitens der in Frage kommenden Instanzen nur ernstlich wollte, bedarf wohl keines Beweises.

Im Interesse des Landproletariats, im Interesse der gesamten Arbeiterklasse und ihrer Befreiung, im Hinblick auf unser großes Menschheitsideal, muß es möglich sein, einen Weg zu finden, der zu dem hier skizzierten Ziele führt. Darum — an die Arbeit!

Achtung, Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins Breslau!

Montag, den 27. Januar, Abends 8 Uhr: Abrechnung der Bezirksführer in den Distriktslokalen. (Siehe Vereinskalendar.)

*** Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter** gibt in seinem Notizkalendar für 1908 eine interessante Darstellung seines Wandens und seiner Erfolge. Ende 1896 mit rund 400 Mitgliedern begründet, zählte er im Jahresdurchschnitt

	1897	1900	1903	1906
Mitglieder	604	4080	8967	22,692
Filialen	7	15	31	70

und am 1. Oktober 1907 in 94 Filialen 25,450 (davon 309 weibliche) Mitglieder. Dabei hat die innere Organisation sich wesentlich geklärt. Vollständige Mitglieder (13 Wochenbeiträge pro Quartal) wurden im Jahre 1904 noch 74, im 3. Quartal 1907 aber 86 Prozent der aktiven Mitglieder gezählt, trotz inzwischen erfolgter Beitragserhöhung. Die Fluktuation der Mitglieder ist freilich noch unverhältnismäßig groß; hoffentlich wird die erhebliche Erweiterung des Unterstützungswesens hier eine größere Stetigkeit schaffen. Entsprechend der sonstigen Entwicklung hat sich die finanzielle Leistungsfähigkeit gehoben. Die Einnahmen sind von 3495 Mark im Jahre 1897 auf 320,252 Mark im 1906, die Ausgaben von 2712 auf 284,661 Mark, das Verbandsvermögen von 783 auf 131,450 Mark und das Verbandsvermögen pro Kopf von 1.26 auf 7.07 Mark gestiegen. Das Verbandsorgan „Die Gewerkschaft“ hat sich von einem vierselligen Monatsblatt mit einer Auflage von 1450 zu einer 8-12 seitigen Wochenschrift, die in 31,000 Exemplaren erscheint, entwickelt. Daneben erscheint noch die „Sanitätswarte“ für das Personal der Heilanstalten in 3200 Exemplaren. Gaubureaus bestehen 13, Ortsbureaus 6.

An Unterstützungen wurden bezahlt:

Geschäftsperiode	Streik-Unterstützung	Conflige-Unterstützung aus Verb.-Mitteln	Unterstützung aus lokalen Mitteln	Summe
1896-1899	142.20	455.65	7,052.75	7,650.60
1900-1902	2,169.32	3,335.90	16,695.50	22,200.52
1903-1905	7,370.83	15,527.00	24,594.69	47,492.52
1906	19,209.93	14,651.03	20,690.85	54,551.81

Das eine Jahr 1906 weist also eine wesentlich höhere Leistung auf als die vorhergehende dreijährige Periode. Namentlich die Ausgaben für Streik-Unterstützungen (neben der noch Gemeindefestungen, Sterbeunterstützung und Rechtschutz, sowie aus lokalen Mitteln Kranken- und Notfallunterstützung gewährt wird) sind mächtig gewachsen. Waren doch 3 Anaristis, 1 Abwehrstreik und 6 Ausperrungen mit 335 männlichen und 61 weiblichen Beteiligten durchzuführen gegen zusammen 8 Lohnkämpfe in den vorhergehenden zehn Jahren: ein Beweis, daß sich kräftigen Kampfscharakter der Organisation. Entsprechend vermehrten sich die Lohnbewegungen ohne Kampf. Das Gesamtbild der Bewegungen und ihrer Erfolge ist folgendes:

Jahr	Lohnbewegungen Betriebe	Parteiliche	erg. Arbeitszeitverlänger. Personen p. Woche	erg. Lohnerhöhung Personen p. Woche	Wart. p. Woche
1904	193	28,582	487	13.9	9,805
1905	161	42,619	2981	6.7	14,584
1906	247	41,162	4191	9.2	25,624

Dann noch eine große Zahl besonderer Vorteile, als kleine Aufbesserungen, Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versorgung durch Ortsstatute, Sommerurlaub, Arbeiterauschüsse, Lohnzahlung in Krankheiten zc.

Der Verband, der die Periode der leidigen „Grenzseitigkeiten“ endgiltig überwunden haben dürfte (die Gasarbeiter gehören nun bestimmt zu ihm, die Straßenarbeiter zum Transportarbeiterverband) und nach Aufgabe früherer „Neutralitätsbestrebungen“ im engen Einvernehmen mit der Klassenbewegung Arbeiterbewegung auf gewerkschaftlichem wie auf kommunalpolitischem Gebiet arbeitet, steht auf gesunder Grundlage. Er wird sich kräftig weiter entwickeln und seinen Berufsangehörigen, die früher vielfach und heute noch zum Teil, zu den gedrücktesten Arbeiterschichten zählen, noch zahlreiche Vorteile sichern.

*** Der Chemnitzer Krankenkassenkassaballeer Schubert** hat mit Hilfe des Reichsverbandes Spuren seiner Heftigkeit gegen die Sozialdemokratie über das ganze Land getragen und auch in Breslau und Schlesien gibt es nur wenige Zeitungen, die nicht von der von ihm aufgedeckten „Mißwirtschaft“ gezeht hätten, um der Sozialdemokratie ein auszuweichen. Erst vor wenigen Wochen brachte es die hiesige „Mittelschlesische Arbeiterzeitung“ fertig, auf den haarsträubenden Unsinn hereinzufallen, daß ein unbekanntes Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes bittend bei Schubert erschienen sei und ihm die Kleinigkeit von 20,000 Mk. angeboten habe, wenn er eine Broschüre gegen die Chemnitzer Krankenkasse nicht herausgäbe. Selbst dieser Blödsinn war noch nicht groß genug, er fand in dem Leserkreise des invaliden „Arbeiter“ blattes einige Gläubige. Jetzt beginnt sich die Laufbahn des braven Schubert dem Ende zuzuneigen; aus Chemnitz wird telegraphiert:

Amandus Schubert, Verfasser einer Subskriptionsliste gegen die Chemnitzer Krankenkasse, ist mit zwei Gefährtinnen wegen Erpressung verhaftet worden.

Daß das Schicksal dieses wahrheitsliebenden Sozialisten-Idioten einmal ein solches Ende nehmen würde, war voraussehbar. Je sicherer aber die Person aus dem Verston der anständigen Leute gestrichen wird, um so fröhlicher werden die Lügen leben, die er in die Welt gesetzt. Deshalb werden unsere Leser gut tun, sich das Schicksal des Schöpfers zu merken.

*** Die freireligiöse Erbschaft und der Fiskus.** Das Vorgehen der preussischen Minister gegen die freireligiöse Gemeinde in Breslau wird auch von der „Christlichen Welt“ entschieden verurteilt. Sie meint zwar mit Bezug auf die Weiterung der zuständigen preussischen Minister, beim König die erforderliche Genehmigung zur Vollziehung des Vermächtnisses für die freireligiöse Gemeinde zu befürworten, es könne nicht davon die Rede sein, daß man in den Ministerien sich von der Absicht leiten lasse, dem Fiskus den Gewinn zuzuwenden, übt dann aber folgende Kritik:

Jeder evangelischen oder katholischen Gemeinde, jeder kirchlichen Anstalt würde man das Vermächtnis glatt zukommen lassen. Aber der freireligiösen Gemeinde weigert man es als solcher. Wenn nicht noch Motive bestanden, die diese Auffassung ins Unrecht legen, worauf wir gerne hoffen, so müssen wir erklären, daß ein solches Verfahren gegen den Testator und die von ihm bedachte Gemeinschaft nur geeignet ist, dem moralischen Ansehen der vom Staate privilegierten Kirche zu schaden. Die wenigstens möchten in dieser Situation lieber der geschädigten Gemeinde als den bevorzugten Kirchen zugehören.

Die „Christliche Welt“ hat sich noch nicht daran gewöhnt, daß bei uns in Schlesien und in Ostpreußen die tollsten, unglücklichsten Dinge für selbstverständlich gelten. Da hilft alle Opposition nichts, für den Bürger heißt es einfach: Maul halten!

*** Wie pflegt und ernährt man einen Säugling.** Zur Aufzucht des Deutschen Vereins für Volkshygiene hielt kürzlich der Medizinalrat Dr. R. Weigert in der Turnhalle des Antikesehlerinnen-Seminars einen Vortrag über „Die Pflege und Ernährung des Säuglings“.

Der Redner wies zunächst auf die Notwendigkeit hin, die Fürsorgebestrebungen auch auf die Landstriche auszudehnen, in denen die Säuglingssterblichkeit im Verhältnis weit größer ist, als in den Stadtkreisen. Im Stadtkreis Breslau seien in den Jahren 1901-1905 nach den amtlichen statistischen Feststellungen von den lebendgeborenen ehelichen Kindern fast 23 Proz., von den unehelichen 33 1/2 Prozent im ersten Lebensjahre gestorben, während im Landstriche 31,3 bezw. 57,3 Prozent zugrunde gegangen waren. Die Ursache jener größeren Säuglingssterblichkeit auf dem Lande sei in der Bevorzugung der künstlichen Ernährungsweise zu suchen, auch die mangelnde Reinlichkeit in der Reinhaltung der Kleinen spiele eine Rolle dabei. Die bedeutenden Vorteile einer natürlichen Ernährung durch die Mutterbrust, welche neben ihrer großen Bequemlichkeit und Billigkeit auch die besten Aussichten für die Erhaltung des Lebens der Säuglinge verbürge, würden leider völlig außer Acht gelassen. Die Gefahren der künstlichen Ernährung erhöht sich besonders durch die vorhandenen Schwierigkeiten bei der Beschaffung guter Milch in den ländlichen Kreisen. Die Milch werde fast bis zur Reife nach der Stadt geschafft, und die Landfrauen müßten deshalb häufig zur überwiegenden oder ausschließlichen Ernährung mit Schein- oder Mischabblodungen schreiten, ein Verfahren, das die Kinder aufs allerhöchste schädige. Zur Abwendung der hohen Säuglingssterblichkeit müsse also vor allem dahin gewirkt werden, daß sich wieder stillende Mütter ihrer Säuglinge annehmen, und daß durch die Einrichtung von Stillkrippen und durch die Gewährung von Stillbräuten an die in Frage kommenden Frauen die natürliche Ernährungsweise gefördert werde. In jedem Dorfe sollten Wochen- und Hauspflegerinnen tätig sein, welche sich in diesem Sinne bemühen und besonders auch dafür Sorge tragen, daß den in Frage kommenden Familien eine einwandfreie Tiermilch zur Verfügung stehe. Es sei dies auf dem Lande ganz leicht durch die Einstellung von Ziegen zu erreichen, deren Milch sehr gut verwendbar sei, während andererseits die Tiere begünstigt des Futters, der Stallung und der Pflege keine Mühen verursachen. Der Schluß des Vortrages war der Besprechung der Organisation des sogenannten Heilwaisenhauses gewidmet.

Im Anschluß daran sei wiederholt auf die unentgeltliche ärztliche Beratung und die billige Kindermilch hingewiesen, die die hiesige Milchstraße, Wallstraße 1, und deren Filiale auf der Brodaustraße allen Eltern kleiner Kinder bietet.

*** Eine Kochkunst-Anstaltung**, veranstaltet vom Verein Schlesischer Gastwirte, soll im Jahre 1910 in Breslau stattfinden.

*** Austausch der Marken.** Die Gegenmarken an dem Jahre 1907 sind von den Mitgliedern des **Republikanischen** Vereins bis Freitag, den 31. Januar d. J., in den **Wahllokalen** abzugeben. Keine Berücksichtigung finden später eingelieferte Gegenmarken, sind also wertlos. Wer noch Marken aus dem Vorjahre im Besitz hat und sich vor Verlassen bewahren will, verläumt den Termin zur Ablieferung nicht.

Wen der Barbierfrabe. Der Drabl ist ein arbeiterfreundlicher Mann; in den Versammlungen tritt er mit großer Entschiedenheit für die Interessen der Arbeiter ein, aber diese Arbeiterfreundlichkeit ist nur Schein, in der Praxis verhält er sich zu den Arbeitern nicht weniger als feindselig und ungenügend. Ein junger Mann war bei ihm einige Wochen in Stellung, er gab ihm den königlichen Lohn von 5 Mk. pro Woche und außerdem erhielt er auch Kost und Logis, die der Arbeiter mit 7 Mk. bewertete. Der Arbeiter hat den Platz verlassen, weil der Herr Barbier ihn schwer beleidigt und öffentlich angegriffen haben soll. Er klagt vor dem Gewerbegericht auf Vornachzahlung, indem er sich auf die einschlägige Bestimmung der Gewerbeordnung stützt, daß die Arbeiter berechtigt sind, den Ort zu verlassen, wenn der Arbeitgeber sich grobe Beleidigungen zu Schulden kommen läßt. Wie hat Sie denn der Beleidigung, fragte der Vorsitzende den Kläger. Was hat er gesagt? Lump, Saufel und andere solche schöne Worte hat er gegen mich gebraucht. Und hat er die Hand gegen mich erhoben. Wenn das wahr ist, bemerke der Vorsitzende zum Beklagten sich wendend, dann wird es nicht nötig sein, sich mit dem Kläger zu einigen? Der Drabl aber bestitt entschieden, Beleidigungen ausgesprochen zu haben. Mit derselben Bestimmtheit aber bezeichnete der Kläger seine Angaben als wahrheitsgemäß. Der Beklagte will nur von „Treue“ und daß dem Kläger die Fingern aus den Ohren hervorkämen, gesprochen haben. Herr Drabl wurde schließlich ein Eid auferlegt und er schwor, weder Lump noch Saufel den Kläger genannt zu haben. Dieser mußte daher abgewiesen werden, da leider Zeugen bei dem Vorfall nicht anwesend waren.

Stenographinnen, Maschinenschreiberinnen sind keine Handelsangestellte. So entschied das Breslauer Kaufmannsgericht. Kleinkind G. riefte Klage gegen die Expeditionskassiererin u. a. auf Gehaltsrückzahlung für drei Monate à 75 Mark mit der Begründung, daß ihr eine sechsmonatliche Kündigungsfrist zustehe, die Entlassung sei vorzeitig erfolgt. Das Kaufmannsgericht erachtete die Klagerin jedoch nicht als Handelsangestellte, sondern als Gewerbegehilfin und verurteilte sie an das Gewerbegericht. Sie klagt nun vor diesem, wo ihr nun ein Klagerecht für zwei Wochen zuzustehen würde. Sie erhält anstatt 225 Mark nur 87 1/2 Mark. Uns erscheint der Fall als ein Novum. Klagen von Stenographinnen, die doch öfter auch korrespondieren, sind unter dem Vorbehalt von Dr. Strakosky vor dem Kaufmannsgericht verhandelt worden.

Volks-Konzert. Am Sonntag veranstaltete der sozialdemokratische Verein unter der bewährten Leitung des Herrn B. Müller sein 16. Volks-Konzert, das, um es von vornherein zu sagen, einen nach einer Richtung hin sehr befriedigenden Verlauf nahm. Der Erfolg, den das bis auf den letzten Platz erfüllte Publikum bei jeder nur anständigen Gelegenheit bezeugt, zeigt, daß es mit der Wahl und Ausführung des Gebotenen durchaus zufrieden war. Dennoch ist es nicht möglich, angesichts des Vorworts eines Punkts zu unterdrücken. Volkskonzerte haben ja gewiß den Zweck, den Hören in künstlerischer Ausübung die Musik zu bringen, für die sie leicht empfänglich sind. Daß nach dieser Richtung hin geleistet wurde, was nur möglich war, zeigt die oben genannte Tatsache. Es ist aber auch Aufgabe dieser Konzerte, das Volk nach und nach mit den besten Schöpfungen in der Musik bekannt zu machen. Nicht gerade die schwerste Aufgabe muß es sein, die geboten werden soll. Es gibt immer noch genug vollständige gute Musik die nicht allzu kompliziert ist und sicher noch erfreulichem Eindruck sein wird. Das angekündigte Wagner-Konzert kommt diesem Zwecke von selbst schon sehr entgegen, wenn man Wagner auch nicht gerade als einen ausgeprägten Vertreter vollständiger Musik bezeichnen kann.

Die zum Vortrag gelangte Duettsreihe zu Weber's Oper „Corydon“ ist dem Publikum noch zu schwer, das Beweist der verhältnismäßig schwache Beifall, den sie hatte. Sie gut gefiel: Die Duettsreihe zu Supre's Operette „Die schöne Galathee“, das Menuett aus einem Streichquintett von Bocherini, türkische March aus der Sonate in A-dur von Mozart, der Walzer „Die Rosen“ von J. Wagner und „Toschschmälchen aus Österreich“ von J. Strauss. Wegen dieser Werke die Ähnlichkeit von reizender Melodik und feiner Komposition sind, man nicht einwenden. Als ziemlich wertlos dagegen ist die „Fantasie brillante“ für Hornett a Violon von B. Urban zu betrachten. Sie ist ebenso inhaltslos, wie andere Werke, die für dieses Instrument geschrieben sind. Herr B. Müller spielte die Solostücke tadellos und mit guter Technik. Daß bei den Passagen und Trillern manchmal ein Ton verloren ging, ist bei der Schwierigkeit, welche das Instrument an seine Spieler stellt, nicht Wunder zu nehmen. Der zweite Solist war Herr Konradmeister Henrichs, der lebenswunderliche Weise für den anerkannten Herrn Heßberger eintrat. Mit einem räumlich weichen „Mecenas“ von Strauss und einer feurigen „Marsch“ von Wienawski, bei deren Vortrag sich wieder seine reiche Künstlerkraft zeigte, erntete er den größten Beifall. Als dritter Solist endlich wirkte Herr F. Born in einer Großen Phantasie für Klarinetten - Solo aus Verdi's Oper „Nigoleto“ von M. Falli, die ihm Gelegenheit gab, sein musikalisches Empfinden und technisches Können im besten Lichte zu zeigen. Es hätte genügt, nur einen Verdi zu hören. Die vorher gespielte Fantasie aus dem „Troubadour“ ist gegenwärtig umso mehr überflüssig, als die dort gerade als Volksvermittlung des Sozialdemokratischen Vereins geachtet wird. Der Vollständigkeit halber sei noch bemerkt, daß schließlich ein Polypetti „Die Solisten“ von M. Schreiner und ein Lied für Orchester „Der schöne Engel“ von Graben-Hofmann, zwei Kompositionen, die auch nicht von besonders musikalischer Bedeutung sind, im Programm enthalten waren.

Renovationsarbeiten im Zirkus-Buch. Noch steht es aus und wird aus im Innern des Zirkus-Buch. Die Arbeiten an der neuen verstellbaren Mauer, in deren Mitte die Vorrichtungen für eine Kesselform anbracht werden, sind zwar jetzt nahezu vollendet, aber trotzdem wird noch in allen zur Verfügung stehenden Räumen eine fleißige Tätigkeit entfaltet. Im Probierlokal des Ballettors und in den anzuwendenden Toilettenkammern werden von den Dekorationsmalern des Zirkus die in kommenden Saison benötigten Requisiten neu hergestellt, im Saal arbeiten Maschinenbauer unter Leitung eines Franzosen an einer wichtigen eisernen Brückenkonstruktion, die den ganzen Managementsraum überspannen wird, und auch an den nach Landenden abhenden Sitzplätzen im Zuschauerraum, die durch einen neuen Semmerlingbrücken erhalten, wird weiter gemauert und gerappelt. In den Sälen stehen bereits einige große Dekorationsstücke an den neuen glanzvollen Original-Portons an: geharnischte Ritter, Titanen, Säulen und Köpfe, ein buntes Chaos von Gezeckelungen, die insgesamt einen altmodischen Charakter tragen. Ueber die geplanten neuen Beleuchtungsanlagen, die noch gar nicht in Angriff genommen werden konnten, berichten wir später.

Falsches Geld. Falsche Geldstücke sind jetzt in größerer Menge, wie Bekannter Wäcker, im Umlauf. Die Stücke sind aus Silber mit einem Falz von Aluminium hergestellt, so daß sie 7 Gramm leichter als die echten Stücke sind. Die falschen Münzen sind verhältnismäßig gut angefertigt. Die Kränze ist deutlich und sorgfältig. Man erkennt sie leicht bei Aufsicht auf dem Rande. In den vier eingetragenen Worten „Gott mit uns“ ist das i mangelhaft und verwechselt ausgeführt. Dieser Mangel wiederholt sich auf allen falschen Stücken, so daß sie daran leicht zu erkennen sind. Im übrigen tragen die falschen Stücke die verächtlichen Worte und Jahreszahlen. — Da es nicht anzunehmen ist, daß die Fälscher auch ihren Weg nach hier nehmen, so sei vor diesen gewarnt.

Verhaftungsbefehle des Gamboldvereins. Dasnächste, des 3. d. M., abends 8 Uhr, wird Herr Rechtsanwalt H. Müller in Sachen von Dr. Franz Bauer, Gatzigstraße 22, über das Verhaftungsbefehl, speziell der Gewerbetreibenden, intervenierende Demo., das Handeln der (Logenbauers) Anstalts und der unläuterer Wettbewerb sprechen. Der Zweck ist für ichermann Männer wie Frauen, frei.

Unglücksfälle. In das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder wurden eingeliefert: ein Schweizer aus Markt, der von einem Pferd geschlagen worden war und einen komplizierten Unterleibsdarm erlitt; ein Stiller aus Strenge, der sich ein Oberarm fract verrenkte, ein Knecht aus Rothaus, dem beim Ausladen einer Weide diese auf den rechten Arm fiel und ihm denselben brach; ein Arbeiter aus Faganhof, dem durch eine Rastmaschine der linke Zeigefinger gerissen wurde; ein Knecht aus Oskow, dem eine Vöble vom Kolwagen auf den rechten Fuß fiel, der zerbrochen wurde, ein Maurer von Bier, der sich riss und den rechten Fuß verletzete, ein Arbeiter aus Mariental, dem dasselbe passierte.

Permittiert wird seit dem 23. d. M. das in einem Papiergeschäft beschäftigt gewesene 16 Jahre alte Kindermädchen Verh. Wulst, gen. Kaudrich, welche bei den Eltern Kupferstraße 87 gewohnt hat. — Seit dem 21. d. M. wird die Arbeiterin Ida Bartholomäus, Klosterstraße 30/32, permittiert.

Religionsfeier. In dem Mann, der am 24. d. M. Vormittags auf der Gräblichstraße plötzlich verstorben ist, ist ein Verdrissener a. D. von der Hollestraße erkannt worden.

Schlimme Folgen. Am 24. d. M., Vormittags, liefen auf dem Ring eine Handwerkerin und ein Kaufmann gegen einander, wobei die Frau zu Fall kam und einen Bruch des linken Handgelenks erlitt.

Feuer. Am 24. d. M., Nachmittags, wurde die Feuerwehre nach Zwinerplatz 2 gerufen, wo im Parkete eine Kofelverpackung gebrannt hatte.

Das Pferd im Schaufenster. Als am 24. d. M., Nachmittags, ein Kutscher mit einem einspännigen Kolwagen die Nikolstraße entlang fuhr, mußte er bei der Neue Weltgasse wegen eines den Fahrdamm kreuzenden Wagens das Pferd parieren. Dieses glitt aus und fiel mit dem Kopf in die Scheibe eines Fuhrwaren-Geschäfts die dadurch zertümmert wurde. Die Scheibe hat einen Wert von 250 Mk.

Tiefgräbe. Aus einer Wohnung auf der Mauritzstraße wurden eine Krawattenadel in Hutform mit 4 Saphiren und 5 Brillanten, sowie ein Revolver gestohlen. — Einem Arbeitsburschen wurde auf der Ohlaustraße ein Haberard Simonmohel Nr. 143484 gestohlen. — Einem Hausknecht wurde auf der Albrechtsstraße ein Adler-Nagrad im Werte von 200 Mk. gestohlen. — Einem Sinfaturer von der Lohstraße wurden zwei Kassehüner im Werte von 15 Mk. gestohlen.

Aus Schlesien und Posen.

Neumarkt, 25. Januar. § 153. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich der Zigarrenarbeiter Paul Kemischke zu verantworten. Es wurde ihm zur Last gelegt, sich gegen § 153 der G.-O. vergangen zu haben. Als die Arbeiter der Zigarrenfabrik viele und Schawe im Dezember eine Lohnforderung einreichten, wurden sämtliche Organisationsangelegenheiten. Bei dieser Gelegenheit ging Kemischke zu der Zigarrenarbeiterin Frau Maria Wajer, um sie zu bewegen, sich dem Verbands anzuschließen, was dieselbe aber verweigerte. Kemischke machte sie darauf aufmerksam, daß die Arbeitswilligen verächtlich würden. In dieser Rede umgibt eine Beleidigung der Arbeitswilligen, Frau Wajer, geäußert haben. Der Amtsanwalt Bürgermeister Schüller betonte, daß in Neumarkt einmal ein Exempel statuieren werden mußte. Der Angeklagte wurde aber nur zu einem Tag Gefängnis, sowie Tragung der Kosten verurteilt.

A. Gahnau, 25. Januar. Soziale Hilfsstätigkeit des Bürgerums in amtlicher Beleuchtung. Die im vorigen Jahre hier ins Leben gerufene Hilfsorganelle für Lungenkranke machte sich mit einem, auch von uns anerkanntem erwandern Ruf auf die Einwohner, insbesondere an die wohlhabenderen Kreise, welche zu finanzieller Unterstützung der Hilfsorganelle anzuhalten. In der Spitze des hiesigen Ortsausschusses des schlesischen Provinzialvereins zur Bekämpfung der Lungenkranke steht der Bürgermeister Müller und Stadtrat Rasche. Ueber die von ihnen vorgenommene Sammlung berichtet nun der Tätigkeitsbericht der Hilfsorganelle folgendes:

Die von dem Vorsitzenden der Hilfsorganelle vorgenommene persönliche Sammlung hat nicht den Erfolg gehabt, den man erwarten durfte, auffallend selbst bei den Bürgern, bei denen man besonderes Interesse, wenn nicht das Gefühl besonderer Verpflichtung voraussetzen konnte. Es ist dem Vorsitzenden bei seinen Besuchen ergangen, wie dem Manne in der Bibel der zur Hochzeit kein Eimer brachte, bereits in 30 Vereinen zu sein, ein anderer, er mußte jetzt einen neuen Kampfplatz aufstellen, der ihm viel Geld kostete, ein dritter, das Geld sei gerade gegenwärtig teuer. Solche und andere Bedenken sind ein Zeichen dafür, daß selbst in den Kreisen der Wohlhabenden und wohlhabenderen Bevölkerung das Verständnis für die Notwendigkeit dieser sozialen Bestrebung mangelt.

So der amtliche Bericht, den wir vollinhaltlich unterzeichnen können, denn das soziale Verständnis der hiesigen Bürgerschaft haben wir schon so oft nicht von der besten Seite an uns selbst kennen gelernt. Der Mehrzahl der wohlhabenderen Bürgerschaft, von einigen reicheren Ausnahmen abgesehen, gelten Dampffest, 30 Vereine, teures Geld und andere Dinge, wie der Bericht feststellt, mehr als das Leben und die Gesundheit ihrer armeren Mitbürger, sie huldigen dem schmerzhaften dem bekannten heimischen Verste. „Wenn du aber garnichts hast, nun so lasse dich befragen, denn ein Recht zum Leben, Lamm, haben die nur, die was haben.“

Gottschberg, 25. Januar. Nochmals nachlänge nam Gottschberger Streit. Unter dieser Rubrik lamentiert der „Feierabend“ wider das Urteil des Schwörsgerichts, wonach Müller wegen Röhners Beleidigung zu 6 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Die Aufstellung von Mißständen an Gerichtsstelle über die Schlesischen Kohlenwerke haben es dem Schöffengericht angetan. Und fügen zieht er drüber los und ist dabei, Tatsachen zu verzeichnen und Röhner reinzuwaschen. Daß in Wahrheit nicht die Sozialdemokraten oder der Verband die Leute zur Abwanderung trieb, weiß jedes Kind. Nur ungenügend, oft mit Tränen in den Augen, haben die Leute ihre Lieben und Bekannten, ihre heimliche Scholle verlassen, aber die schlechten Löhne und die dadurch bedingte Not trieb die Leute nach dem Westen und veranlaßte sie, sich eine gesünderen Stätte zu suchen. Dielele Erfahrungen teilen auch nach kurzer Zeit selbst die Slaven und lehren den Röhnerischen Hühnerschreien den Rücken. Wir empfehlen dem Artikelhreiber, zuerst Herrn Röhner den Vorwurf zu machen, einen Teil seiner Villa als Asyl für diese Leute zur Verfügung zu stellen. Die jetzigen Nachbarn dieser Leute würden kaum dagegen Einspruch erheben. — Wenn dann behauptet wird, es sei schwierig, die Wasserfrage in befriedigender Weise zu regeln, so ist dies lächerlich. Der Rauhbauch, aus dem schon jetzt das Wasser gezogen wird, liefert fast das ganze Jahr hindurch, ausgenommen plötzliche Tauwetter, klaren Wasser. Aber die Leitung ist in Ermangelung einer stützenden Anlage verfallend und durch Rost verfault. — Wenn schließlich der Artikelhreiber meint, die Erhaltung bzw. Instandhaltung durch Abbau verunreinigter Straßen sei nicht Sache der Kohlenwerke, so ist das sehr bezeichnend. Denn hätten die Gruben-Vorgärten einfach das Recht, Bahnen und Chaussees, Städte und Dörfer niederzureißen, aber schadenersparlich wären sie nicht.

Viele Anhänger dürfte das Feierabend-Genie mit dieser Anschauung selbst in seinen eigenen Kreisen nicht finden.

er. Reife, 27. Januar. Auf die Berichtigung des Dampffabrikanten Paul Ronge, die an und für sich schon ein Unikum ist, ist folgendes zu erwidern: Herr Ronge giebt in seiner Berichtigung zu, daß in seinem Betriebe beim Auflegen der Riemen, während die Maschine im Gange war, ein Arbeiter schwer verunglückte. Ob das Unglück in der Tätigkeit oder dicht daneben in dem Kellerraum geschah, ist nicht bekannt. Ferner soll in seinem Betriebe erst eine Handverletzung vorgekommen sein. Herr Ronge ist erst seit sechs Monaten Besitzer des Betriebes und nicht Fachmann, der Tischler-Beiführer Dreischneider war auch

bei seinem Vorgänger Leiter der Tischlerei. Während seiner Leitung sind mehrere schwere Verletzungen durch Maschinen vorgekommen. Ober genügt es Herrn Dreischneider, der wo der Macher der Berichtigung ist, noch nicht, wenn mehrere hundert beschäftigt gewesene Arbeiter mit verunstalteten Händen und Fingern herumlaufen? Ist es nicht genug, wenn Herr Dreischneider in den fünf Monaten, die er bei Ronge beschäftigt ist, selbst zweimal an den Maschinen verunglückt ist, und wenn ein dritte allerdings nur ein Tagelöhner und Familienvater, direkt zum Strümpfverdinglich? Herr Ronge schreibt, der Verunglückte sei selbst Schuld an seinem Unglück, er habe an der Maschine nichts zu suchen gehabt. Ein jeder humane Arbeitgeber schafft nach einem geschehene Unglück die Arbeitskräfte ab und bedauert den Verunglückten, aber bei Herrn Ronge werden heute noch die Riemen angelegt, während die Maschine in vollen Gänge ist und zwar von Herrn Dreischneider oder dem Maschinenarbeiter. Glaubt der Herr etwa, daß die Unfallverhütungsvorschriften für ihn nicht gelten? Arbeiter und Tischler, die viele Jahre dort beschäftigt waren und jederzeit bereit, vorstehendes zu bezeugen. Dossentlich stimmt sich nun die Berufsgenossenschaft um den Betrieb, damit nicht noch mehr solche bedauerliche Unglücksfälle vorkommen. Solche Vorfälle bezeichnet Herr Ronge als „Lüge“ und droht mit gerichtlichen Vorgehen. Wir werden uns nicht abhalten lassen, Mißstände, die den Arbeiter schädigen, öffentlich an den Dranger zu stellen.

Steinw. 27. Januar. Auf der Menschenhand. Von längerer Zeit entsprang beim Transport von Kofel nach Gleiwitz der Einbrecher Joh. Dunder. Dieser Tag selbst 7 1/2 Uhr sah ein Kriminalbeamter den Flüchtling auf der Altschiffstraße und erklärte ihn für verhaftet. Dunder zog darauf seinen Revolver und schoß auf dem Beamten, die Kugel traf aber nur dessen Ohr, die plattgedrückt wurde. Der Verbrecher entfloh und flüchtete in die Peter- und Pauls-Kirche. Die Kirchentüren wurden nun verschlossen und die Verfolgung durch Beamte fortgesetzt. Dunder stieg auf die Bänke und feuerte während des Gottesdienstes auf die Beamten, wobei ein Beamter und ein Frau verwundet wurden. Schließlich gelang es, den Verbrecher habhaft zu werden. Man fand bei ihm zahlreiche Einbrecherwerkzeuge, Uhren, Ketten usw.

Beuthen, 27. Januar. Die Pocken. Der „Ober-schlesische Nachrichten“ meldet einen neuen Fall echter Pocken aus dem Landkreise Beuthen. Die Frau des Schneidemeisters Maiala in Deutsch-Bielitz erkrankte an der Seuche; sie wurde in das Kreis-Krankenhaus gebracht. Die Frau ist an der nahen russischen Grenze mit russischen Arbeitern in Berührung gekommen und soll dort infiziert worden sein.

Um einer Weiterverbreitung der schwarzen Pocken in Oberschlesien vorzubeugen, werden von den Landräten der Kreise Tarnowitz, Beuthen und Kattowitz, in denen bis jetzt Pocken-erkrankungen vorgekommen sind, die umfassendsten Maßnahmen getroffen. Die Verordnungen halten es jetzt auch für mahnenswert, daß nicht nur die Belegschaften der Gruben der Schugumpfung unterzogen werden, sondern es werden auch die Hofverwaltungen, deren Beamte der Ansteckungsgefahr besonders ausgesetzt sind, erzuht, die Schugumpfung zu veranlassen. Ebenso sollen die Schüler und Lehrpersonen möglichst bald geimpft werden. Die Schimpfungen der Kinder werden in diesem Jahre früher als sonst vorgenommen werden.

h. Beuthen OS., 25. Januar. „Presse für den“. Wegen Beleidigung des Amtsvorstehers Sobel aus Stahlhammer durch die Presse hatte sich gestern der verantwortliche Redakteur des in Katowitz erscheinenden polnischen Parteiblattes „Gazeta Robotnicza“, Genosse G. Haase vor der Strafammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten. In Nr. 91 v. J. der „Gazeta Robotnicza“ hatte Genosse Haase einen Bericht gebracht über die Verurteilung des Pfarrers Kolowski aus Zembryfel zu 400 Mark wegen Beleidigung des Amtsvorstehers Sobel. Zum Schluß dieses Artikels hatte er behauptet, der Pfarrer sei verurteilt worden, weil er das Ausplunieren des Amtsvorstehers geübt habe. In diesem Satz erklarte die Anklagebehörde sowie Sobel eine Beleidigung des letzteren. Genosse Haase erklärte, ihm habe eine Beleidigung des ihm völlig unbekanntem Amtsvorstehers ferngelegen, er habe nur das System der Gesinnungsrichterei, das sich beim Prozeß Kolowski sowie sonst überall breit mache, kennzeichnen wollen. Nunmehr folgt die interessante Vernehmung des Amtsvorstehers Sobel. Am 23. September 1906 habe er zufällig (?) die Predigt des Pfarrers erfahren. Er verließ die Stelle, die eine gebrüderliche Verbindung mit der preussischen Germanistikgesellschaft, sowie eine gebrüderliche Kennzeichnung der Streber im hiesigen Lager ist. Dieses habe er seiner vorgelegten Behörde gemeldet. Kurz nach dem Pfarrer habe der Pfarrer ihn dann in der Kirche sowie in seiner Wohnung beleidigt. Das Wort „ausplunieren“ sei für ihn eine Beleidigung, denn er habe niemand beauftragt, ihn von den Predigten des Pfarrers zu unterrichten. Nur einmal habe er dem Amtsbienner gesagt, er solle zur Kirche gehen und zuhören, ob der Pfarrer davon spricht, daß er (der Pfarrer) angezigt sei.

Auf eindringliches Befragen des Verteidigers R.-M. Szabla bleibt Zeuge Sobel, daß er den Amtsbienner nur einmal beauftragt habe. Demgegenüber stellt der Verteidiger fest, daß der Zeuge im Vorverfahren und im Prozeß gegen Kolowski das Gegenteil gesagt habe. Der nächste Zeuge, frühere Amtsbienner Plagel, erklärt zunächst, daß ihm der Auftrag, nach der Kirche zu gehen, nur einmal gegeben sei. Als er dann von der Beleidigung ins Kreuzverhör genommen wird, will er sich plötzlich hinter das Amtsgeheimnis verschließen. Darüber befehlet, daß der Landrat ihn sowie den Gemeindevorsteher von der Schwörsgericht entbunden habe, gibt er zu, daß er diesen Auftrag etwa drei Mal erhalten habe.

Genosse Haase will jetzt an den Amtsvorsteher die Frage stellen, wer derjenige sei, von dem er die Predigt des Pfarrers vom 16. September zufällig erfahren habe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Krietz, sucht dies zu verhindern. Nachdem ihm aber Genosse Haase nachgewiesen, daß er auf Grund der Strafprozessordnung hierzu ein Recht habe, gestattet der Vorsitzende die Frage, verbietet aber gleichzeitig dem Zeugen Sobel, darauf zu antworten. Auf Antrag des Genossen Haase beschließt das Gericht, die Frage zuzulassen. Zeuge Sobel betweigert die Aussage unter Hinweis auf die Amtsverschwiegenheit, von der er speziell über diesen Punkt nicht entbunden sei. Auch habe er den Bericht nicht als Privatversion erhalten, sondern amtlich, denn als Amtsvorsteher sei er immer in Dienst. (?) Staatsanwalt Gohlst hält die Beweisaufnahme für völlig mißglückt, denn es handle sich doch nur darum, ob Sobel sich beleidigt fühlen konnte; das sei zu bejahen, denn als Vertreter der Staatsgewalt habe er das Recht, die Mittel anzuwenden, die er für richtig halte, auch in der Kirche.

Rechtsanwalt Szabla hält den Wahrheitsbeweis für erbracht, denn der Zeuge Plagel sei drei Mal zur Kirche gegangen, nicht zu seinem Seelenheil, an dem der Amtsvorsteher wohl weniger interessiert sei, sondern zum Ausschorten. Zeuge konnte die Fehde zwischen Pfarrer und Amtsvorsteher und habe der Stellung des letzteren gefolgt. Er beantrage die kostenlose Freisprechung.

Nach sehr langer Beratung verkündet der Vorsitzende das Urteil dahin: Der Angeklagte ist der Beleidigung im Sinne des § 185 schuldig und wird zu 50 Mark Geldstrafe oder fünf Tagen Gefängnis und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Dem beleidigten Amtsvorsteher Sobel wird Publikationsbefugnis in der „Gazeta Robotnicza“ zugesprochen. Nach der klaren Beweisaufnahme, die zu Gunsten des Genossen Haase ausfällt, dürfte die öffentliche Meinung gewiß ein anderes Urteil fällen.